Beilage: Warum Streik in den „Neuesten Nachrichten"

Arbeiter-Zeitung

Montag, 13. Februar 1928
10. Jahrgang Nummer 37

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Erschein[illegible] … Festtage. Bezugspreis: wö[illegible] … Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post … unter Streifband 2,50 Mk. Anzeigenpreis … [illegible]ene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Verein[illegible] … [illegible]lungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespa[illegible] … [illegible]meterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der … [illegible]en-Annahme i. der Haupt-Expedition 9 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon Ohle 4719. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon Ring 8837. Sprechzeit der Redaktion: von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gleiwitz, Wilhelmstraße 26, Telephon [illegible]. Görlitz: Lunitz 6, Telephon 2384. Geschäftszeit: von 8—19 Uhr. Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.b.H., Breslau. — Druck: „Peuvag" Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Fort mit dem Bürgerblock!

Gegen die Unternehmeroffensive

Die Unternehmerklasse holt zu einem frontalen Angriff gegen **die Arbeiterschaft aus.** Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit in den **letzten Wochen** ist ihr ein willkommener Anlaß. In den Jahren 1925, 1926, 1927 haben die Unternehmer im Verlauf der Rationalisierung Milliardenprofite eingesackt. **Für euch ist das Ergebnis dieser Rationalisierung mörderische Hetzarbeit, maßlose Ausbeutung und Rechtlosigkeit in den Betrieben.** Seit Anfang 1926 sinkt der Reallohn, und selbst im Hochkonjunkturjahr 1927 ist nach einwandfreien Berechnungen die Kaufkraft eures Lohnes weiter gefallen. Dieses weitere Sinken des Reallohns, trotz der denkbar besten Konjunktur, ist das wichtigste Ergebnis in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung des letzten Jahres. Ist es nicht ein **katastrophales Ergebnis der Politik der Gewerkschaftsbürokratie,** wenn nicht nur in Krisenzeiten, sondern auch in Zeiten der Hochkonjunktur der Lohn fällt und die Arbeitsbedingungen sich verschlechtern?

78 Pfennig pro Stunde ist der Lohn, den die mitteldeutschen **Metallarbeiter** zur Fristung ihres elenden Daseins erhalten sollen. Und weil sie mit einem solchen Hungerlohn sich nicht zufrieden geben, drohen die Metallindustriellen mit der **Aussperrung von 1 200 000 Metallarbeitern im ganzen Reich.**

Durch diese Drohung soll ein Massendruck auf die 50 000 kämpfenden Metallarbeiter Mitteldeutschlands ausgeübt werden, um diese zur bedingungslosen Unterwerfung zu zwingen. Dies käme aber einer **Kapitulation** der gesamten deutschen Arbeiter vor den Trust- und **Bankbaronen** gleich, würde die Existenzbedingungen aller deutschen **Arbeiter noch mehr verschlechtern.**

Vielleicht ist aber die Aussperrungsandrohung gar nicht ernst gemeint? Die sozialdemokratischen Zeitungen und die Reden der reformistischen Führer wollen euch das glauben machen.

Es ist aber anders, als die reformistische Bürokratie die Lage darstellt. **Das Unternehmertum will nicht nur die Generalaussperrung der Metallarbeiter, es will die rücksichtslose Niederschlagung der Arbeiterklasse im Jahre 1928, um das außen- und innenpolitische Programm des deutschen Imperialismus durchführen zu können.** In dem Rotprogramm der Vereinigten Unternehmerverbände vom 1. Januar kann jeder nachlesen, daß die Kapitalisten auf Kosten des werktätigen Volkes den weiteren Aufstieg des deutschen Kapitalismus sicherstellen wollen. Und Herr Luther sprach in Kassel deutlich genug, daß das Programm durchgesetzt werden müsse „auf gesetzlichem Wege, wenn möglich, mit Gewalt, wenn notwendig".

Und die Unternehmer wollen schon jetzt eine erste Entscheidung herbeiführen! Warum jetzt? Weil sie die Kampfentschlossenheit der breiten Massen des Proletariats sehen und **um jeden Preis verhindern möchten, daß aus der Kampfentschlossenheit eine einige und geschlossen kämpfende Front aller deutschen Arbeiter entsteht!**

Am 31. März und am 30. April laufen die Arbeitsverträge für 6 Millionen Arbeiter ab. Es sind die wichtigsten Arbeiterkategorien. 550 000 Steinkohlenbergleute, 450 000 Eisenbahner, 300 000 Arbeiter der chemischen Industrie, 400 000 Arbeiter in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken und anderen Gemeindebetrieben, 300 000 Verkehrsarbeiter, 750 000 Bauproletarier, 150 000 Landarbeiter und Hunderttausende Leder-, Holz-, Metall- und Textilarbeiter stehen vor Auseinandersetzungen über die Erhaltung oder Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. **Ein Kampf solcher Massen wäre ein furchtbarer Schlag gegen die kapitalistische Stabilisierung, gegen das Hungerregiment** des Bürgerblocks. In einem solchen Klassenkampf brechen die Schranken einer rein gewerkschaftlichen Lohnregelung. Da wird die wirtschaftliche Auseinandersetzung zwischen den Arbeitermassen und den mit dem Bürgerblock verbündeten Kapital **ein Kampf von ungeheurer politischer Tragweite.** In einem solchen Kampf stoßen die Lebensinteressen der kämpfenden Arbeiterschaft mit der Gewalt des Untertanenstaates unmittelbar zusammen. Da kann man nicht mehr mit den bekannten Tricks der Schlichtungsinstanzen und der Arbeitsgerichte die Arbeiter abhalten, ihren Kampf für die Durchsetzung ihrer von der Not diktierten Forderungen abzubrechen.

Das wissen die Unternehmer und die Bürgerblockminister sehr genau und deshalb die Drohung mit der Aussperrung jetzt, ehe Arbeiterbataillone zum Kampf auf breiter Front angetreten sind.

Aber die Arbeiter müssen die Lage ebenso gut begreifen, wie ihre kapitalistischen Feinde. Sie **dürfen sich nicht in einzelnen Kolonnen niederwerfen lassen.** Sie müssen **Kampfbündnisse** gegen die Macht der Trusts und **Bankbarone schaffen. Soll es wieder so** sein, daß erst die Metallarbeiter und dann die **Bergarbeiter, und nach** ihnen die anderen **Arbeiterschichten** von den gut organisierten und sich gegenseitig solidarisch unterstützenden Unternehmern niedergeschlagen **werden?**

Mit dieser verderblichen Politik der Zersplitterung der Arbeiterkräfte und mit der reformistischen Politik der feigen Kapitulation vor den Unternehmerdrohungen und den Betrugsmanövern des Schlichtungskünstlers Dr. Brauns muß endgültig Schluß gemacht werden.

Was war die Folge der Nichtaufnahme des **Kampfes** der Bergarbeiter der Ruhr um eine zwischentarifliche Lohnerhöhung im Herbst des Vorjahres? Oder die Folge des vor dem Siege abgebrochenen **Kampfes** der mitteldeutschen Braunkohlengräber? Eine außerordentliche Verschlechterung der Lage dieser Arbeiterschichten.

Was ist das Ergebnis des Ausweichens vor einem Kampfe der Hüttenindustrie? Wachsende Unternehmerprofite um 15 Prozent, für die Arbeiter aber die 57-Stunden-Woche, Sonntagsarbeit, um zwei Pfennig Lohnerhöhung für eine um 40 Prozent gestiegene **Arbeitsleistung.**

Welche Schlüsse ziehen die Unternehmer aus dieser Rückzugs- und Niederlagenstrategie des Reformismus? Sie werden von Woche zu Woche aggressiver, sie fühlen sich zu immer neuen Angriffen gegen die Arbeiterschaft ermuntert. Jetzt fordern sie nicht nur die Ablehnung der geringen Lohnforderungen der Arbeiter, jetzt verkünden sie, daß das **Jahr 1928 ein Jahr des Lohnabbaues werden muß.** Wenn wir Arbeiter nicht mit einer Gegenoffensive auf die Diktaturmaßnahmen der Unternehmer antworten werden,

Der bankerotte Reichstag soll bleiben

Hindenburg für ein „Geschäftsministerium"

(Eig. Drahtber.) **Berlin,** 13. Februar.

Im interfraktionellen Ausschuß der Bürgerblockparteien ist es zu scharfen Zusammenstößen zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei gekommen.

Das Zentrum behauptet, der Hindenburgbrief sei eine Mahnung, sich über das Schulgesetz zu einigen. Die Volkspartei dagegen folgert aus ihm, daß trotz Scheitern des Schulgesetzes die anderen gesetzgeberischen Arbeiten durchgeführt werden sollen.

Da es zu keiner Einigung kam, forderte das Zentrum die Volkspartei auf, ihre Minister aus der Regierung zurückzuziehen! Die Deutsche Volkspartei hat das abgelehnt.

Wenn es nicht gelingt, die Koalition in letzter Stunde zu einigen, so wird — wie die Rechtspresse behauptet — Hindenburg die Gesamtdemission des Kabinetts veranlassen. Dann soll ein Geschäftsministerium gebildet werden, das aus Beamten besteht und den Etat, das Liquidationsgeschädigtengesetz und einige kleinere Vorlagen durchbringen soll.

*

Der Streit, ob das Zentrum oder die Volkspartei sich den Hindenburgbrief bestellt hat, um ihre Lage zu stützen, ist der Arbeiterschaft völlig gleichgültig.

Wichtig dagegen sind die krampfhaften Versuche, diesen bankrotten, nur noch gegen den Willen der empörten Millionenmassen bestehenden Bürgerblock-Reichstag zu halten.

Kommunistischer Wahlerfolg in Landeshut

(Eigener Bericht.)

Am gestrigen Sonntage fanden in Landeshut die Stadtverordnetenwahlen statt. Von über 7000 Wahlberechtigten beteiligten sich 6000. Da die Zahl der Sitze in der neuen Stadtverordnetenversammlung von 33 auf 25 herabgesetzt wurde, haben sich die Mandatszahlen aller Parteien automatisch verringert.

Zur Wahl waren drei Wahlvorschläge eingereicht: Kommunisten, Sozialdemokraten und Bürgerblock-Einheitsliste. Nach dem bisher vorliegenden Ergebnis haben die Kommunisten einen großen Erfolg errungen. Die KPD. hat die Stimmenzahlen aller Wahlen der letzten Jahre bei weitem überschritten und ist sogar bis auf 63 Stimmen an die Höchstziffer vom 4. Mai 1924 herangekommen. Die Sozialdemokraten haben gegenüber den letzten Wahlen verloren. Der Bürgerblock hat seine Stimmenzahl um etwas erhöhen können, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß ein gewaltiger Propagandaapparat eingesetzt wurde. Es wurden z. B. sämtliche in Landeshut und Umgegend verfügbaren Privatautos für den Schle[illegible]verdienst herangeholt. Im einzelnen ist das vorliegende Ergebnis folgendes:

	4. 5. 24	7. 12. 24	29. 11. 26	12. 2. 28	Sitze bish.	Sitze jetzt
Kommunisten:	[illegible]	840	680	[illegible]	7	4
Sozialdemokraten:	1500	1500	—	[illegible]	9	6
Bürgerblock	—	—	—	3411	17	15

Bauerntagung in Breslau

Reaktionärer Kurs im Schlesischen Bauernbund

Breslau, den 13. Februar.

Der Schlesische Bauernbund — eine sozialdemokratisch-demokratisch orientierte Organisation — hielt nach vorausgegangener Vorstands- und Vertretertagung am Sonntag im Schießwerder seinen öffentlichen Bauerntag ab. Die Tagung wurde eingeleitet durch eine längere Ansprache des Bundesvorsitzenden Herrmann, der sich mit den Landbundkundgebungen befaßte und sie als deutschnationales Wahlmanöver kennzeichnete. Bauerngutsbesitzer August Hillebrandt sprach dann über Bauernbewegung und Bauernführer. Sein Referat brachte nichts Wesentliches. Charakteristisch für die Rechtsschwenkung im Schlesischen Bauernbund war das Referat des bayerischen Landwirtschaftsministers Professor Dr. Fehr über „Bauernpolitik", der das Richthofensche Lied von dem „Fanatismus der Sozialpolitik", der Erwerbslosenversicherung, welche die Moral auf dem Lande tötet, und der unzweckmäßigen Besoldungsreform in der Melodie des bayerischen Bauernbundes sang. Am Schluß seines mit Phrasen gespickten Referates kündigte der Redner unter großem Beifall an, daß der Bayerische Bauernbund bei den kommenden Wahlen Listen für das ganze Reich aufstellen werde. Der Schlesische Bauernbund wird also bei den Wahlen im Schlepptau der reaktionären bayerischen Bauernbündler marschieren.

Eine Diskussion war nicht zugelassen. Unser Genosse Putz, der im Auftrage des Reichsbauernbundes an der Tagung teilnahm, wird zu derselben noch ausführlich Stellung nehmen.

Submissionsskandal in Breslau

Die Hochbauverwaltung hat auf Grund einwandfreien Materials festgestellt, daß die zu städtischen Lieferungen herangezogenen Firmen durch Vereinbarungen Einheitspreise festgesetzt und dadurch den Zweck der Submissionen ausgeschaltet haben. Die Aufträge wurden von den Firmen untereinander aufgeteilt. Der Skandal nimmt größeren Umfang an.

25 Jahre Zuchthaus im Stefanow-Prozeß

Bukarest, 10. Februar. — Im Kommunistenprozeß Stefanow wurde der Hauptangeklagte Stefanow zu acht Jahren Zwangsarbeit, ein weiterer Angeklagter zu sieben Jahren Zuchthaus und die Angeklagte Dijour, die in die Türkei geflüchtet ist, in Abwesenheit zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, weil sie Instruktionen der Dritten Internationale ins Rumänische übersetzt hatte. Vier Angeklagte wurden freigesprochen.

Rücktritt der norwegischen Regierung

TU. Oslo, 11. Februar. — Unter dem Eindruck ihrer parlamentarischen Niederlage ist die Arbeiter-Regierung zurückgetreten. **Mowinckel hat** die Neubildung der Regierung übernommen.

dann wird der Unternehmerplan Wirklichkeit. Jetzt dürfen die Arbeiter keinen Schritt mehr zurückweichen.

Die mitteldeutschen Metallarbeiter, die jetzt als Vortrupp der deutschen Arbeiter kämpfen, dürfen nicht im Stich gelassen werden.

Alles muß darangesetzt werden, ihren Sieg zu erkämpfen. Mögen die Metallindustriellen ihre Drohung in die Tat umsetzen — die deutsche Arbeiterklasse ist, wenn sie einheitlich und geschlossen auftritt, stark genug, um auch der stärksten Unternehmeroffensive eine Niederlage beizubringen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Nehmt zur Lage sofort Stellung! Duldet nicht, daß die feigen und gewissenlosen reformistischen Führer, die sich bisher nur als Niederlagenstrategen „bewährt" haben, eure kämpfenden Klassengenossen in Mitteldeutschland und damit auch in der Folge euch in eine neue Niederlage verstricken. Die ganze deutsche Arbeiterschaft muß zum Abwehrkampf mobilisiert werden. In jedem Betrieb, in jeder Gewerkschaft, in jedem Ort müssen sofort die entsprechenden Abwehrmaßregeln beraten und beschlossen werden. Zwingt die Vorstände eurer Gewerkschaften, zwingt die Vorstände der Ortsausschüsse des ADGB. zur Einberufung der Betriebsrätevollversammlungen. Zwingt die Instanzen zur Veranstaltung von Demonstrationen gegen die Unternehmerpläne. Helft selbst diese Demonstrationen zu organisieren. Die Massen des Proletariats müssen aufmarschieren!

Das Unternehmertum spekuliert darauf, daß die Unorganisierten, weil sie ohne Unterstützung nicht durchhalten können, zu Streikbrechern werden. **Das muß verhindert werden durch eine breite Sammelaktion. Kein Arbeiter darf, von der Not gezwungen, aus der Front ausbrechen.** Heimtückische reformistische Bürokraten spekulieren, wie die Unternehmer, auf den Streikbruch der Unorganisierten, damit sie einen Sündenbock für die beabsichtigte Abwürgung des Kampfes finden. Der Arbeitsminister der Christen spekuliert auf den Streikbruch, damit er ohne großen Widerspruch der Arbeiter einen Schandschiedsspruch verbindlich erklären kann. **Macht diese Spekulation zunichte, sammelt in allen Werkstätten, nehmt den letzten Unorganisierten in den Verband auf.**

Und ihr Arbeiter in Mitteldeutschland, die ihr in vielen Kämpfen in den vordersten Reihen der deutschen Arbeiter gestanden habt, auf euch ruht eine doppelte Verantwortung. Ihr müßt erst recht euren kämpfenden Brüdern zu Hilfe eilen. Denkt daran, daß in euren Händen eine große Macht liegt. **In Mitteldeutschland sind die Werke der Chemiekönige, die Werke der Zuckerbarone, die Braunkohlenschächte, die Elektrizitätswerke zusammengeballt.** Ihre Schornsteine dürfen nicht mehr rauchen, wenn man euren Brüdern an die Gurgel will. **Bereitet euch vor, mit ganzer Kraft in die Kampffront zu springen. Der Unternehmerangriff muß an eurem geschlossenen Auftreten zersplittern.**

Hüttenarbeiter Deutschlands! **Worin** besteht eure Aufgabe? Dieselben Industriellen, die euch keine Minute Arbeitszeitverkürzung gewährten, denen zwei Pfennig zur Lohnerhöhung für euch noch zuviel waren, sie sind es, die jetzt viele Millionen bereit halten, damit 50 000 Metallarbeiter in Mitteldeutschland vor den geschlossenen Toren der Fabriken stehen, bis sie vor Hunger klein werden. Diese Hüttenkönige sind es, die 1 200 000 Metallarbeiter auf die Straße werfen wollen, wenn der Hunger die mitteldeutschen Industriesklaven nicht zu Boden zwingt. Antwortet **diesen Henkern durch die Tat. Heraus nach acht Stunden aus den Werken. Eure Mehrarbeit schafft nur den Kriegsfonds gegen eure kämpfenden Brüder in Mitteldeutschland!**

Metallarbeiter Mitteldeutschlands! Erkämpft in geschlossener Front eure Forderung — 15 Pfennig Lohnerhöhung. Verhindert die Abwürgung des Kampfes durch einen Schandschiedsspruch.

Organisiert das Kampfbündnis zur Abwehr der Aussperrungsoffensive und zur Durchsetzung eurer Forderungen.

Metallarbeiter Berlins! Erkämpft auch ihr in einheitlicher Front eure Lohnforderungen. Laßt eure Front nicht durch Betriebsvereinbarungen und Schlichtungsverhandlungen zersplittern.

Arbeiter der Hüttenindustrie! Organisiert sofort den Kampf für das Verlassen der Betriebe nach acht Stunden und Verweigerung der Sonntagsarbeit.

Arbeiter in ganz Deutschland! Mobilisiert in allen Betrieben und Gewerkschaften und durch öffentliche Kundgebungen zum Abwehrkampf gegen die Unternehmeroffensive.

Verlaßt euch nicht auf die reformistischen Versprechungen auf „Abrechnung mit den Unternehmern bei den Wahlen". Wenn ihr darauf hineinfallen werdet, haben die Unternehmer schon halb gewonnen. Der Kampf um Lohn und Arbeitszeit kann nicht bei den Wahlen oder im Parlament geführt werden! Nur im unmittelbaren Kampf durch die Aufrollung der ganzen Arbeiterfront könnt ihr siegen!

Helft den mitteldeutschen Metallarbeitern durch Geldsammlungen!

Bereitet euch vor zum geschlossenen Kampf für eure eigenen Forderungen!

Kämpft für Lohnerhöhung und Achtstundentag!

Nieder mit dem Schlichtungssystem! Keine Unterwerfung unter Zwangsschiedssprüche!

Rüstet zum Sturz der Regierung des Zollwuchers und des Steuerraubes!

Nieder mit dem Bürgerblock!

Nieder mit der Koalitions- und der Arbeitsgemeinschaftspolitik!

Es lebe der Kampf für die Arbeiter- und Bauernregierung!

Der Sozialetat vor dem Reichstag

(Eig. Drahtber.) Berlin, 11. Februar.

Die Sitzung beginnt mit einem Vorstoß des reaktionären Muckertums. Der deutschnationale Sittenprediger Mumm beantragt im Hinblick auf die Berichterstattung über den Krantz-Prozeß folgenden Antrag sofort ohne Aussprache dem Rechtsausschuß zu überweisen:

„§ 17a des Preßgesetzes soll lauten: „Prozeßberichte, die geeignet sind, das Geschlechtsgefühl der Jugend zu überreizen oder irrezuleiten, sind verboten."

Präsident Löbe erklärt, der Antrag sei aktuell, man solle sich am Schluß der Sitzung schlüssig werden, damit die Fraktionen inzwischen Stellung nehmen können.

Die zweite Lesung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird fortgesetzt.

*

Nach den Ausführungen des Reichsarbeitsministers wäre alles in Butter auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Aber selbst sein Fraktionsfreund Imbusch gießt erheblich Wasser in den Wein christlicher Selbstzufriedenheit, durch einige energisch klingende Redensarten versucht er die aufmuckenden Zentrumsarbeiter zu besänftigen. Diplomatisch abgestimmt auf kommende Brüderschaft ist die Sowohl-als-auch-Kritik des Sozialdemokraten Grotewohl. Er findet zwar einige Schönheitsfehler an der Arbeitslosenversicherung, aber die hindern ihn nicht, auch jetzt wieder die Zufriedenheit seiner Partei mit diesem Paradestück der Sozialpolitik des Bürgerblocks auszusprechen, wie Genosse Rädel das reaktionäre Machwerk bezeichnet. In einer großangelegten Rede zeigt Genosse Rädel den wirklichen Charakter der Sozialpolitik des Bürgerblocks, ihre verelendende Wirkung auf die breiten Massen, ihre volksfeindliche Tendenz.

Crispien versucht in Zwischenrufen wieder einmal den entrüsteten Biedermann zu markieren, als Genosse Rädel nachweist, daß die Sozialdemokratie durch ihre Unterstützung der Sozialpolitik des Bürgerblocks in wichtigen Fragen gegen die Arbeiterinteressen gehandelt hat. Die Antworten unserer Genossen bringen ihn zum Schweigen.

Das Reichstagsplenum selbst gewährt wieder einen trostlosen Eindruck während dieser Debatte. Vielleicht empfiehlt es sich, den redenden Abgeordneten einen Stenographen ins Haus zu schicken — viel Zeit und Aufwand würden dadurch erspart.

Ueberall Unglücksfälle

Tel. London, 11. Februar. Nach Berichten aus Ottawa ist in der Hollinger Grube in der Nähe von Timmins und Ontario in einer Tiefe von 180 Metern Feuer ausgebrochen. Von den dort arbeitenden 500 Bergarbeitern konnte sich die Mehrzahl retten, während zwei in den Flammen umkamen. Von etwa 60 Bergleuten, die in den unteren Stollen abgeschnitten und der Erstickungsgefahr ausgesetzt waren, konnten bisher 40 gerettet werden.

Tel. London, 13. Februar. Nach den letzten Berichten aus Toronto sind von den bei dem Unglück auf der Hollinger Goldgrube ums Leben gekommenen Bergarbeitern bisher 13 Tote geborgen worden. 15 konnten noch lebend zutage befördert werden. Man nimmt an, daß sich noch 33 Personen in dem eingeschlossenen Schacht befinden.

Tel. Steele, 11. Februar. Heute gegen 17 Uhr fuhr der Personenzug 813 von Vohwinkel kommend, bei der Einfahrt in den Bahnhof Steele-Hauptbahnhof auf den im Gleis 4 haltenden Personenzug 858, welcher von Steele nach Kupferdreh fährt, auf. Hierbei wurde der Zugführer vom Personenzug 813 schwer verletzt. Von den Reisenden wurden eine Anzahl mehr oder minder schwer verletzt. Wie an Berliner zuständiger Stelle dazu mitgeteilt wird, wurden bisher drei Schwer- und zirka 30 Leichtverletzte gemeldet.

Tel. Paris, 10. Februar. Bei dem Zusammenstoß zwischen zwei Waggons eines elektrischen Güterzuges, die sich vom Zuge losgelöst hatten und bergab rollten und einer vollbesetzten Straßenbahn in der Nähe von Diedenhofen in die Seite fuhren, wurden bisher 17 Tote und 8 Verwundete festgestellt. Die Unglücksstelle bot einen schauerlichen Anblick. Die Säuberungsarbeiten waren gegen Mitternacht noch nicht beendet. Die Fahrgäste der Straßenbahn waren meistens Büroangestellte, die gerade aus dem Dienst kamen.

Vom Tage

Die Verhandlungen der Sowjetdelegierten mit den Delegierten der deutschen Regierung haben heute vormittag im Berliner Auswärtigen Amt begonnen. Die eigentlichen sachlichen Verhandlungen beginnen Montag.

Gegen den Fabrikanten des als Verjüngungsmittel angepriesenen Lukutate wurde Anklage wegen Betruges und unlauteren Wettbewerbs erhoben.

Im Württembergischen Landtage erklärte der Finanzminister, daß die früheren territorialen Fürsten eine 100prozentige Aufwertung verlangten.

In einer Rede im englischen Unterhaus machte das konservative Parlamentsmitglied Boothby Andeutungen, wonach angeblich das deutsche Stahlkartell und die deutschen Kohlensyndikate auf eine Einigung mit der englischen Industrie hinarbeiten sollen.

Die Strafkammer in Lille hat den Geschäftsführer des kommunistischen Soldatenorgans „Le Conscrit", den 78jährigen Kommunekämpfer, Genossen Fourcade, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Der stellvertretende Außenkommissar Litwinow hat dem amerikanischen Staatsdepartement telegraphisch eine Note gesandt, in der gegen die Auszahlung von Geld an den früheren russischen Staatsangehörigen Sergei Ughet protestiert wird.

Kleine politische Nachrichten

Zwischenfall im Landtag. Ausschluß des nationalsozialistischen Abgeordneten Haake. Tel. Berlin, 10. Februar. Die heutige Sitzung des Preußischen Landtages begann mit einem Zwischenfall. Der nationalsozialistische Abgeordnete Haake erinnerte daran, daß die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei seit mehr als einem Jahre in Preußen verboten sei, was für die republikanische Demokratie eine Schande bedeute. Präsident Bartel machte den Redner wiederholt darauf aufmerksam, daß er nicht zur Geschäftsordnung spreche. Der Abgeordnete Haake beantragte dann, der Landtag möge sich zunächst einmal mit dem nationalsozialistischen Wunsche beschäftigen, die in Preußen verbotenen Ortsgruppen wieder freizugeben. Der Präsident rief den Redner nacheinander dreimal zur Sache. Als dieser jedoch weitersprach, schloß er ihn von der Sitzung aus.

Heute Ueberreichung der polnischen Note an Litauen. Tel. Warschau, 11. Februar. — Gestern abend wurde der Text der polnischen Note an Litauen der polnischen Gesandtschaft in Riga übermittelt, die heute die Note der litauischen Gesandtschaft in Riga zustellen wird. Die Note ist in kurzem Stil gehalten und bringt zum Ausdruck, daß die polnische Regierung dem Ort der Verhandlungen keine große Bedeutung beilegt, dagegen aber in kategorischer Form darüber Antwort verlangt, ob die Kownoer Regierung endlich die Verhandlungen aufnehmen wolle.

Kommunisten-Verhaftungen im Memelgebiet. Tel. Königsberg, 11. Februar. — Gestern abend sind in Memel, wie das „Memeler Dampfboot" berichtet, auf Befehl des Kriegskommandanten 20 meist jugendliche Personen verhaftet worden. Nachdem die Polizei Haussuchungen in ihren Wohnungen vorgenommen hatte, wurden fünf Personen wieder freigelassen, die übrigen wurden noch in der Nacht nach dem Zuchthaus in Bajohren transportiert.

LOURDES

Von EMILE ZOLA

112

„Nach der Grotte, nicht wahr? Nach der Grotte!"

„Man wird sie sofort hintragen; ich verspreche es Ihnen", sagte Schwester Hyazinthe. „Allein Sie müssen verständig sein. Trachten Sie, ein wenig zu schlafen, um Kräfte zu schöpfen."

Die Kranke schien einzuschlummern. Frau von Jonquière glaubte deshalb, Frau Desagneux mit sich nach dem anderen Ende des Saales nehmen zu können, wo beide sich anschickten, Wäsche zu zählen. Sie fanden sich aber in der ganzen Zählung nicht zurecht; denn es waren Servietten verschwunden. Sophie war nicht von der Stelle gewichen, sondern auf dem Bett gegenüber der Frau Vetu sitzen geblieben. Sie hatte die Puppe auf ihre Knie gelegt und erwartete nun, daß die Frau stürbe, weil man ihr gesagt hatte, dieselbe werde sterben.

Im übrigen war Schwester Hyazinthe bei der Todkranken geblieben. Da sie ihre Zeit nicht verlieren wollte, hatte sie eine Nadel und Zwirn zur Hand genommen, um das Leibchen einer ihrer Kranken auszubessern, das durch die Abnutzung an den Armen aufgerissen war.

„Sie bleiben einen Augenblick bei uns, nicht wahr?" fragte sie Ferrand.

Dieser betrachtete noch fortwährend Frau Vetu.

„Ja, ja. Sie kann von einer Minute auf die andere hinweggerafft werden. Ich befürchte einen Bluterguß."

Als er sodann Marie im nächsten Bett bemerkte, fragte er mit gedämpfter Stimme:

„Wie geht es ihr? Hat sie sich erleichtert gefühlt?"

„Nein, noch nicht. Ach, das liebe Kind! Wir alle hegen für sie die aufrichtigsten Wünsche! So jung, so reizend, und so betrübt! Betrachten Sie dieselbe doch einen Augenblick! Wie [illegible] könnte sie in all diesem Sonnenschein, mit ihren gr[illegible] Augen und ihren goldenen Haaren, die gleich einem [illegible] leuchten, für eine Heilige halten."

Ferrand betrac[illegible] [illegible]gem Z[illegible] Sie überraschte [illegible] durch die Unbekümmertheit [illegible] [illegible]nden Glauben [illegible] brün[illegible] [illegible] zur Sammlung in [illegible] [illegible]g.

„Sie wird genesen", murmelte er, als ob er ganz leise eine Vorhersagung kundgegeben hätte. „Sie wird genesen."

Dann näherte er sich der Schwester Hyazinthe, die sich in die Nische des der lauen Hofluft wegen weit geöffneten Fensters gesetzt hatte. Die Sonne begann sich zu wenden; sie glitt nur noch als schmaler goldener Streifen über die weiße Haube und den Brustschleier der Nonne. Ferrand blieb vor ihr stehen, lehnte sich an die Schranke des Fenstergesimses und sah ihr zu, wie sie nähte.

„Wissen Sie, meine Schwester", begann er sodann, „daß diese Reise nach Lourdes, die ich wie einen Frondienst annahm, um einem Freund gefällig zu sein, einen der seltenen Glücksfälle meines Daseins bilden wird?"

Sie verstand ihn nicht und fragte naiv:

„Wieso das?"

„Nun, weil ich sie wiedergefunden habe; weil ich mich hier bei Ihnen befinde, um Ihnen in Ihren bewunderungswürdigen Arbeiten ein wenig Hilfe zu leisten. Und wenn Sie wüßten, wie dankbar ich Ihnen bin, wie ich Sie liebe und wie ich Sie verehre!"

Sie hob den Kopf, um ihm ins Angesicht zu schauen, und fing an, ohne irgendwelche Verlegenheit zu scherzen. Sie war so anmutig mit ihrem Lilienteint, ihrem kleinen fröhlichen Mund und den liebenswürdigen, blauen, stets lächelnden Augen. Sie sah so zart und geschmeidig aus und hatte nicht mehr Busen als ein kleines, ganz in Unschuld aufgewachsenes Mädchen.

„So sehr lieben Sie mich also? Warum denn?"

„Warum ich sie liebe? Weil Sie das beste, trostreichste, brüderlichste Wesen sind. Bis jetzt sind sie noch die am tiefsten gegründete, süßeste Erinnerung meines Lebens. Ich beschwöre dieselbe herauf, wenn ich einer Stütze und der Ermutigung bedarf. Sie denken also nicht an den Monat zurück, den wir beide in meinem armseligen Zimmer zusammen verlebten, als ich so krank war, und Sie mich so liebreich pflegten?"

„Ja, doch, ja! Ich habe sogar niemals einen so netten Kranken [illegible] wie Sie. Alles, was ich Ihnen gab, das nahmen Sie [illegible] wenn ich Ihre Wäsche [illegible] und Sie in das [illegible] [illegible]te, so blieben Sie ruhig lie[illegible]"

Sie betrachtete ihn fortwährend [illegible]cheln. Er war so [illegible] kräftig, die [illegible] Augen [illegible] und schi[illegible] herrl[illegible] E[illegible] [illegible]haftigkeit sich zeigenden Jünglings [illegible]lich, ihn so zu Tränen gerührt vor sich zu [illegible].

„Ach, meine Schwester! Ich wäre gestorben ohne Sie. Sie sind's, die mich gesund gemacht hat."

Dann stieg, während sie sich mit gefühlvoller Fröhlichkeit betrachteten, jener selige Moment vor ihnen auf. Sie hörten das Röcheln der Frau Vetu nicht mehr, sahen nicht mehr den mit Betten vollgestopften Saal, der in seiner Unordnung einem nach einer öffentlichen Katastrophe improvisierten Lazarett glich. Hoch oben in einem schwarzen Hause war es, wo sie sich im Geiste wiederfanden, in einem engen Mansardenzimmer des alten Paris, wo Licht und Luft den Weg zu ihnen nur durch ein kleines Fenster fanden, das die Aussicht auf einen Ozean von Dächern eröffnete. Und welchere Reiz lag in diesem Alleinsein! Ihn hatte das Fieber niedergeworfen und sie war da wie ein guter Engel zu ihm niedergestiegen, indem sie als guter Kamerad, der nichts zu befürchten hatte, aus ihrem Kloster kam. So pflegte sie die Frauen, die Kinder und die Männer, wie sie ihr auf gut Glück begegneten; und vorausgesetzt, daß sie sich rühren, und irgendein Leiden lindern durfte, war sie vollständig glücklich, ohne daß auch nur der Gedanke an ihr Geschlecht jemals in ihr auftauchte. Ferrand schien sich ebenso wenig träumen zu lassen, daß sie eine Frau sein könnte, wenn sie auch sehr sanfte Hände, eine schmeichelnde Stimme und eine wohltuende Nähe besaß. Gleichwohl strömten von ihr die ganze Zärtlichkeit einer Mutter und alle Liebe einer Schwester aus. Wie sie sagte, hatte sie ihn drei Wochen lang wie ein Kind gepflegt, indem sie ihn aus dem Bett hob und niederlegte und ihm ohne Unbehaglichkeit oder Widerwillen die vertrautesten Dienste leistete. Beiden stand als Schutz die reine Heiligkeit des Leidens und der barmherzigen Liebe zur Seite. Und welche gute Kameradschaft herrschte zwischen ihnen, als die Genesung eingetreten war! Wie lachten sie miteinander gleich alten Freunden! Sie wachte noch über ihn, schmälte ihn aus und gab ihm einen Klapps auf die Arme, wenn er diese eigensinnig außerhalb des Bettes ließ. Dann beobachtete er wieder, wie sie etwas Seifenwasser im Waschbecken bereitete und ein Hemd wusch, um ihm die drei Sous Wäscherlohn zu ersparen. Niemals kam jemand zu [illegible] hinauf; sie waren allein, tausend Meilen von der Welt ent[illegible] entzückt von dieser Einsamkeit, an der sich ihre Jugend so [illegible] erfreute.

„[illegible] Sie sich des Morgens, an dem ich zum erstenmal wieder [illegible] gehen [illegible]te, meine Schwester? Sie hoben mich an und stützten mi[illegible] ein ungeschickter Bursche stolpert, und mich der Bei[illegible] wußte. Das brachte uns zum Lachen."

(Fortsetzung folgt.)

Oberschlesien

Vorbereitung zur Erwerbslosen-Konferenz

Die Delegierten werden gewählt

Am 8. und 9. Februar fanden in Ratibor, Biskupitz und Neustadt Erwerbslosenversammlungen statt, die u. a. zu der am kommenden Sonnabend und Sonntag stattfindenden Bezirkserwerbslosenkonferenz Stellung nahmen.

In der Versammlung in Biskupitz waren 50 Prozent der Erwerbslosen des Ortes anwesend. Kollege Schikiera vom Bezirksausschuß OS. der Erwerbslosen referierte über das Erwerbslosen-Versicherungsgesetz, seine Auswirkungen und die kommenden Wirtschaftskämpfe. Die Kollegen versprachen, Schulter an Schulter mit den Kollegen im Betrieb um ein größeres Stück Brot zu kämpfen und jede Streikbrecherarbeit zu verweigern. Gleichzeitig wählten sie einen Delegierten für die Bezirkserwerbslosenkonferenz in Gleiwitz. Vom Hindenburger Magistrat fordern die Biskupitzer Erwerbslosen die Einrichtung einer Notstandsküche, um ihnen so die Möglichkeit zu geben, mit ihrer kargen Unterstützung einigermaßen auskommen zu können.

Zu der Versammlung in Ratibor waren zirka 450 Erwerbslose erschienen. Zu Punkt 1 erfolgte der Bericht der Verhandlung mit dem Ratiborer Magistrat zwecks Belieferung der Erwerbslosen mit Kartoffeln und Kohle. Bis jetzt haben die Ratiborer Kollegen noch nichts erhalten. Der Zentrums-Magistrat von Ratibor will die angehäuften Kartoffeln scheinbar wie im vergangenen Jahre wieder verfaulen lassen, um sie hinterher in die Oder auszuschütten. Die Erwerbslosen nahmen dazu Stellung und stellten ihre Forderung auf Belieferung mit Kohle und Kartoffeln. Sie gelobten, nicht nur zu fordern, sondern, wenn ihre Wünsche nicht erfüllt werden, zu demonstrieren, bis sie ihre Wintervorräte erhalten. Die augenblickliche wirtschaftliche Lage in Verbindung mit der Erwerbslosigkeit behandelte Kollege Czech vom Bezirksausschuß der Erwerbslosen aus Gleiwitz. Er zeigte, daß im kommenden Frühjahr durch den Ablauf der Tarife für die meisten Berufsgruppen die Arbeitskollegen in den Betrieben gezwungen sein werden, um ein größeres Stückchen Brot zu kämpfen. Die Aufgabe der Erwerbslosen ist, ihre Arbeitskollegen im Betrieb nach besten Kräften zu unterstützen und jede Streikbrecherarbeit zu verweigern. Die Versammlung wählte zwei Delegierte zur Erwerbslosenkonferenz nach Gleiwitz. Alle Anwesenden verpflichteten sich, die auf dieser Konferenz gefaßten Beschlüsse durchzuführen.

An der Versammlung in Neustadt nahmen 500 erwerbslose Frauen und Männer teil. Kollege Czech referierte über das Reichserwerbslosen-Versicherungsgesetz. Gleichzeitig sprach er kurz über die bevorstehenden Wirtschaftskämpfe für die Arbeitskollegen im Betrieb und zeigte an Hand von reichhaltigem Material, wie sich die Wirtschaftslage des gesamten arbeitenden Volkes unter der glorreichen Bürgerblockregierung von Tag zu Tag verschlechtert. Anschließend an das Referat wählten die Erwerbslosen einen Kreiserwerbslosen-Ausschuß für Neustadt und Umgegend sowie zwei Delegierte, einen von Stadt und einen von Land, zur Erwerbslosenkonferenz in Gleiwitz.

*

Erwerbslose in allen Orten Oberschlesiens, wählt Delegierte zu der am 18. und 19. Februar in Gleiwitz stattfindenden Bezirkserwerbslosenkonferenz!

Gleiwitz

Auf dem Arbeitsmarkt machte sich auch in der abgelaufenen Betriebswoche keine Besserung bemerkbar. Den 6128 Arbeitsgesuchen standen 308 Vermittlungen und 25 offene Stellen gegenüber. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist gestiegen, und in Stadt und Land wurden 4689 Hauptunterstützungsempfänger und 5838 Zuschlagsempfänger festgestellt.

Verloren. In der Zeit vom 30. 1. bis 5. 2. 1928 sind in den Autobussen folgende Sachen gefunden worden: 2 einzelne Kinderhandschuhe, 1 Postquittungsbuch mit Briefmarken, 1 Geldbörse mit Inhalt, 1 Nadel. Die Gegenstände können im Betriebsamt, Löwenstraße 6, abgeholt werden.

Fremdenverkehr. Im Januar übernachteten in Gleiwitzer Hotels 1435 Fremde 1824 Nächte. Von den Fremden waren 1335 als Reichsdeutsche und 80 als Ausländer angegeben. 4 bezeichneten sich als staatenlos und 16 vermieden jede Angabe über ihre Nationalität.

Soziale Fürsorge. Die Zahlung der Zusatzrenten für Kriegsopfer sowie Sozialrentner für den Monat Februar 1928 für die Stadt Gleiwitz sowie die Stadtteile Ellguth-Zabrze, Richtersdorf und Zernik findet wie folgt statt: Mittwoch, den 15. Februar, von 8 bis 12 Uhr für Kriegerwitwen, Halb- und Vollwaisen sowie Kinder wiederverheirateter Kriegerwitwen (grüne und blaue Karten). Donnerstag, den 16. Februar, von 8 bis 12 Uhr für Kriegereltern und Kriegsbeschädigte (rote Karten). Freitag, den 17. Februar, von 8 bis 12 Uhr Sozialrentner (Invaliden) (gelbe Karten). Sonnabend, den 18. Februar, von 8 bis 11 Uhr Sozialrentner (Witwen und Waisen) sowie sämtliche Sozialrentner der Stadtteile Ellguth-Zabrze, Richtersdorf und Zernik (grüne, graue und gelbe Karten). Die Zahlungen finden im hiesigen Stadttheater, Wilhelmstraße 28, statt. Dienstag, den 14. Februar, von 9—11 Uhr für Kriegsopfer, Klein- und Sozialrentner des Stadtteils Sosnitza im dortigen Amtsgebäude.

Hindenburg

Der Betrug an den Alten

Ein Arbeiter schreibt uns: Meine Mutter hatte vor dem Kriege, um das Jahr 1905, eine Lebensversicherung bei der Firma Friedrich-Wilhelm-Berlin für sich und die Tochter meiner Schwester gezahlt. Die Mutter zahlte pro Monat für sich 1 Mk., für das Kind 1,50 Mk. Im Jahre 1915 sollte das Geld (ungefähr 300 Mk.) ausgezahlt werden. Im Kriege wurden aber bekanntlich keine Gelder durch die Banken ausgezahlt. Nach dem Kriege kam die Inflation, dann Stabilisierung und „Aufwertung". Bis zum Jahre 1932 sollen den Leuten die prozentual aufgewerteten Beträge erstattet werden. Meine Mutter, die 64 Jahre alt ist, und nicht weiß, ob sie so lange noch leben wird, wollte das ihr zustehende Geld sofort haben. In einem Schreiben teilt die Firma nun mit, daß sie im vorliegenden Falle eine endgültige Abfindungssumme von sage und schreibe zwölf Mark bekommen würde. Nach Auszahlung dieser Summe würde meine Mutter keinerlei Ansprüche an die Firma mehr haben.

Kann der Betrug an der armen Bevölkerung noch trefflicher illustriert werden?

Aus dem Bergarbeiterverband

(Von unserem Gewerkschaftsberichterstatter.)

Am vergangenen Sonntag fand die Zahlstellenversammlung Hindenburg I der Bergarbeiter statt. Der Referent Kossahl führte folgendes aus: Das Jahr 1928 wird ein schweres Kampfjahr sein. Bis zum Jahre 1922 hatten wir einen einheitlichen Lohn im ganzen Reiche (?). Die Delegierten von Oberschlesien haben darauf bestanden, daß für Oberschlesien ein besonderer Tarif zustandekommt. Heute steht Oberschlesien 30 Prozent niedriger im Lohn als das Ruhrgebiet. Das Arbeitszeitabkommen läuft am 31. März ab, ebenso der Manteltarif. Das Arbeitszeitgesetz ist ein Schandgesetz; das Zentrum im Reichstag war ein Befürworter desselben. Den Tarifvertrag werden die Arbeitgeber kündigen. Wir als Bergarbeiter haben keine Ursache, den Manteltarif zu kündigen (!). Das Ruhrgebiet ist das ausschlaggebende Gebiet. Die Hedwig-Wunsch-Grube plant einen Abbau von 10 Prozent der Belegschaft. Zur Stillegung oder Entlassung muß die Genehmigung eingeholt werden. Gegen die Auffassung der BAV.-Führer, wonach die Kumpels aus Polnisch-Oberschlesien zuerst entlassen werden sollen, wurde von seiten der Opposition scharf protestiert. Hierauf ergriff Kam. Kossahl das Schlußwort, nach welchem die Versammlung geschlossen wurde.

*

Zwei Tage später fand im Gewerkschaftshaus eine Funktionärzusammenkunft des BAV. statt. Kossahl sprach über die Notwendigkeit der Schulung sämtlicher Funktionäre. Die Bezirksleitung des BAV. gibt monatlich 600 bis 700 Mark an den Ortsausschuß. Seit zwei Jahren wurden die Betriebsräte im Orte nicht mehr erfaßt, seitdem Mandla nach Sosnitza verzogen ist. In der Diskussion sprach als erster Kautsky-Ozmann und schlug vor, die Vorträge einmal im Monat stattfinden zu lassen. Zelder, der Jugendleiter im Ortsausschuß, betrachtete das Kohlensyndikat als einen Ersatz für die Sozialisierung. Nach weiterer zum Teil heftigen Debatte ergriff Kossahl das Schlußwort. Die Kurse sollen nun jeden Dienstag um 19 Uhr stattfinden. Bei der Wahl des Obmannes erhielt Masewsky 15, Wiedera 11 und Ozmann 10 Stimmen.

*

Zwei Sitzungen und — keine Vorbereitung der bereits in den nächsten Wochen bevorstehenden Auseinandersetzung. Bergarbeiter, so darf es nicht weitergehen, wenn der Frühjahrskampf mit einem Erfolg abgeschlossen werden soll. Ihr müßt in jeder Versammlung beschließen, daß das Ziel des bevorstehenden Kampfes die Siebenstundenschicht unter Tage und der Achtstundentag über Tage ist. Zwingt die Führer, schon jetzt alle Vorbereitungen zum Kampf um dieses Ziel zu treffen.

Die Ausstellung der Entwürfe für den Ausbau des städtischen Grundstückes „Schüllers Hotel" ist im Rathaussaale in Biskupitz bis einschließlich 19. Februar verlängert. Der Eintritt ist frei, die Ausstellung ist von 10—16 Uhr geöffnet.

Beuthen

Die Rote Front marschiert. Am vergangenen Sonntag hatte der RFB. Beuthen eine Werbekampagne in Schomberg und Bobrek veranstaltet. Sie marschierten mit revolutionärem Gesang aus der Stadt. In Schomberg zeigten sich einige verstörte Spießbürgerlein, die durch den Gesang aus ihrem süßen Schlummer aufgeschreckt wurden. Die Proleten in diesem kleinen Dorf hatten große Sympathie für die rote Klassenfront. Einige Stahlhelmfritzen antworteten natürlich mit einem schroffen „Nein". Dann ging es mit Gesang dem Orte Bobrek zu, wo der Rest der „Roten Front" umgesetzt wurde. Dieser Tag war für die Rote Front ein voller Erfolg. Es wurden 450 Rote-Front-Zeitungen, eine Anzahl „Rote Helfer" und „A.-Z." verkauft.

Ein Freidenker-Begräbnis. Am 3. Februar starb in Beuthen der Freidenker Paul Schmallek. Er wurde am 9. Februar von dem Leichenauto des Krematoriums abgeholt. Die Gesinnungsgenossen waren am Knappschaftslazarett versammelt. Der Sarg wurde von acht roten Frontkämpfern getragen. Die Schalmeienkapelle des RFB. und die Kapelle der Heinitzgrube begleiteten den Trauerzug. An der Stadtgrenze hielt ein Genosse eine kurze Abschiedsansprache, worauf das Auto langsam zum Stadttor hinausfuhr.

Patschkau

Erwerbslosenversammlung. Für Freitag hatte der Erwerbslosenausschuß eine Erwerbslosenversammlung einberufen. Zu der Landeserwerbslosenkonferenz sprach Kollege Reichert. Er wies auf die Notwendigkeit hin, einige Delegierte dorthin zu entsenden. Alle Diskussionsredner sprachen ebenfalls über die Notwendigkeit der Konferenz. Es wurden Lonscher und Reichert als Delegierte gewählt. Die Finanzierung soll durch eine Sammlung erfolgen. Kollege Hauke gab den Kassenbericht. Es wurden zwei Kollegen gewählt, die die Kasse revidierten und in Ordnung fanden. Genosse Lonscher stellte den Antrag auf eine Beihilfe in Form von Stiefeln und Kleidung und Abschaffung des täglichen Stempelns. Genosse Kothe sprach über den Zusammenschluß der Erwerbslosen. Er betonte, daß bald die Zeit heranrücke, wo jeder wieder gezwungen werde, vom Arbeitsnachweis eine Notstands- bzw. eine Freiarbeit anzunehmen und dadurch der Erwerbslosenausschuß aufgelöst werde. Trotzdem müssen wir versuchen, immer wieder engere Fühlung zu behalten. Solange das kapitalistische System besteht, wird es auch Erwerbslose geben. Darum kann uns nur ein engerer Zusammenschluß mit den im Produktionsprozeß stehenden Kollegen retten. Genosse Arndt sprach über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen. Trotzdem die Größen der hiesigen Sozialdemokratie anwesend waren, wagten sie nicht, das Wort zu ergreifen.

Oppeln

Stahlhelm, wo bleibt das Geld?

Ein Mitglied des Stahlhelms gibt uns folgendes an: In unserer Organisation sind wir gegen Todesfall mit 300 Mark versichert. Vor ungefähr 14 Tagen starb hier ein Jungstahlhelmer vom Getreidemarkt. Bis heute ist ein Sterbegeld noch nicht ausgezahlt worden. Wie geht das zu?

Im Stahlhelm, dem leider noch einige irritierte Proleten angehören, ruft dieser Umstand berechtigte Aufregung hervor. So sieht es in dieser Vaterlandsbeglückerorganisation aus. — Versprechungen werden himmelhoch gemacht, ans Halten denken die reaktionären Führer nicht. Proleten im Stahlhelm, heraus aus dieser Organisation!

Ein rabiater Hausbesitzer scheint Herr Kotzyba, Zimmerstraße 18, zu sein. Er gilt bei allen Mietern als Grobian, weil er manchmal die Hausbewohner sogar schlägt. Deswegen stand er bereits vor Gericht, kam aber billig weg. Am vergangenen Mittwoch schlug er wiederum ein Kind, welches vor seinem Hause spielte. Er warf dem Kinde ein Stück Eisen an den Kopf, so daß es blutend zum Arzt geschafft werden mußte. Wir raten Herrn Kotzyba, sein Treiben einzustellen, da er sonst einmal an den Rechten geraten kann.

Die Odervorstadt erhält keinen Marktplatz. Schon lange sind Bestrebungen im Gange, der Odervorstadt einen Marktplatz zu verschaffen. Der Platz wäre nicht schwer zu finden. Der Bürgerverein der Odervorstadt stellte einen diesbezüglichen Antrag an den Magistrat. Der Magistrat hat ihn abgelehnt. Es ist ja üblich, daß der Magistrat für die Odervorstadt nichts übrig hat. Er hat dafür eine neue Kirche auf der Vorstadt geplant.

Obdachlosenasyl für Konterrevolutionäre. In der deutschen Republik ist Platz genug für Konterrevolutionäre. Schon wieder ist hier das Auftreten eines „Kuban-Kosaken-Chores" angezeigt. In der alten zaristischen Kluft wird für den friedlichen (?) Gesang Reklame gemacht. Leute, die in einem Arbeiterstatt keinen Platz mehr haben, treiben sich in Deutschland herum. Dafür wird der eigene aufgeklärte Volksgenosse in der RFB.-Uniform für anstößig gefunden.

Lernt Stenographie! Uns wird geschrieben: Der tiefere Einblick in die allgemeinen Verhältnisse durch selbständiges, natürliches Denken ist uns in der alten Autoritätsschule vorenthalten worden. Die dort erlernten geringen Elementarkenntnisse ermöglichen, notdürftig den kargen Lebensunterhalt zu erschwingen. Die Schrift, das erste Elementarfach, die Grundlage aller Bildung, ist uns nur unvollständig in der alten Form, aber nicht in ihrer Entwicklung zur Kurzschrift, zugänglich gemacht worden. Deshalb lernt die Arbeiter-Stenographie „System Arends". Kursusanfang: Donnerstag, den 16. Februar, 19,30 Uhr im Jugendheim, Getreidemarkt, 2. Stock.

Ein Kinderkursus in Esperanto beginnt Mittwoch, den 15. Februar, 17,30 Uhr und dauert bis 19,30 Uhr. Es kommen Kinder von 10 bis 16 Jahren in Betracht. Der Kursus ist kostenlos. Lokal: Jugendheim, Getreidemarkt, 2. Stock.

Bahnschutz überfällt Rote Frontkämpfer. Montag, den 6. Februar, früh, beim Einlaufen des Breslauer Personenzuges um 2,30 Uhr, spielte sich folgender interessante und für den auf Arbeiter verhetzten Bahnschutz bezeichnende Vorfall ab. Während der Fahrt Brieg—Oppeln wurde in einem Abteil vierter Güte eine Scheibe zerschlagen. Der Uebeltäter war während der Fahrt vom Schaffner nicht zu ermitteln. In Reisern stiegen noch einige Rote Frontkämpfer in das Abteil ein. Bei der Ankunft in Oppeln rief der Schaffner nach dem Bahnschutz, um sich den Uebeltäter herauszusuchen. Die Heldenjünglinge des Bahnschutzes erschienen, sahen Rote Frontkämpfer, und ohne irgendeine Ahnung von ihrem Herbeieilen zu haben, stürzten sie auf die Roten Frontkämpfer los. Der Schaffner, welcher sofort rief, daß es sich nicht um die Uniformierten handle, wurde nicht beachtet, und einige RFB.-Kameraden in bahnschutzüblicher Weise herumgerissen. Erst nach geraumer Zeit wurden die Rüpeleien eingestellt. Derweile war aber der junge Mann, der die Scheibe zerschlug, auf und davongegangen. — Sollen diese Rüpeleien dauernd ungestraft durchgehen? Deckt die Verwaltung diese Ausfälle ihrer angeblichen „Schutz"organisation?

Malapane. 400 Mark Fehlbetrag. Die Metallarbeiter hielten am 2. Februar ihre Mitgliederversammlung ab. Bei dem Kassenbericht wurde ein Manko von 400 Mark festgestellt. Der sozialdemokratische Bevollmächtigte Kotzerke hatte es verstanden, diesen Betrag durch falsche Buchungen zu decken. Dadurch sind zahlreiche Kollegen um ihre Unterstützung betrogen worden. Der Bevollmächtigte ist seit den Streiktagen 1924 als guter Bremser bekannt. Seine sozialdemokratischen Freunde versuchen natürlich den Fall zu vertuschen. Ja, es ist sogar beabsichtigt, für ihn eine Sammlung zu veranstalten, weil er sich angeblich in einer Notlage befand. Gewerkschaftskollegen, sorgt für Beseitigung derartiger Funktionäre!

Gogolin. Stahlhelmrohheiten. Eine Arbeiterin aus Gogolin fuhr mit dem Fahrrade auf der Groß-Steinet-Straße und begegnete den Stahlhelmleuten Elsner, Gawron und Aufseher Wittek. Der Stahlhelmmann Elsner faßte das Fahrrad, so daß die Arbeiterin stürzte und heftig auf den Boden aufschlug. Darüber machten sich die Stahlhelmrohlinge lustig und Elsner rief ihr zu: „Ihr verfluchten Polonies!"

An die Betriebsräte aller Betriebe Oberschlesiens!

Welche Aufgaben erfüllte die IAH. im Laufe der vergangenen Jahre?

Während die bürgerlichen Organisationen nur Verleumdungen für die kämpfende Arbeiterschaft übrig hat, griff die IAH. ungerechnet der kleineren Kämpfe, in dem großen Bergarbeiterstreik 1924 durch tatkräftige Hilfe ein. Lebensmittel und Kleidungsstücke kamen zur Verteilung. Kinderverschickungen wurden organisiert, und eine große Anzahl Kinder konnten in Oppeln, Groschowitz und in unseren eigenen Kinderheimen in Sachsen auf mehrere Wochen zur Verpflegung untergebracht werden. Auch die nachfolgenden Jahre bedeuteten für uns reichhaltige Arbeit, besonders auf dem Gebiete der Kinderhilfe. So fanden u. a. jedes Jahr Winterhilfen statt in sämtlichen Ortsgruppen. Eine große Anzahl Erwachsener und Kinder konnten durch die IAH. mit Lebensmitteln und Kleidungsstücken versorgt werden. Allein unsere Ortsgruppe Oppeln brachte 1927 den Betrag von über 1200 Mark für die Winterhilfe der IAH. auf. Weiterhin war das Kuratorium unserer Kinderhilfe 1927 in der Lage, 12 Kinder aus dem Industriegebiet nach Czernowanz auf mehrere Wochen zur Erholung zu schicken, wo die Kinder, unter der Obhut einiger geschulter Mitglieder auf dem Gebiete der Kinderpflege, sich erholten.

Alle diese Aufgaben konnte die IAH. nur mit Hilfe der Arbeiterschaft, die uns bereitwilligst unterstützte, durchführen. Große Aufgaben stehen uns jedoch noch, besonders auf dem Gebiete der Kinderhilfe, bevor. Arbeitsbrüder und Arbeitsschwestern, helft uns durch euren Einzelbeitritt und durch den Beitritt eurer Betriebe das Werk, das wir aufgebaut haben, auszubauen in eurem und im Interesse eurer Kinder.

Nähere Mitteilung gibt das Landessekretariat: **Oppeln, Ewald Marzall, Bleichstraße 10.**

Versammlungskalender

Kommunistischer Jugend-Verband

Oppeln. Donnerstag 19,30 Uhr im Schützenhaus Gruppenabend.

Roter Frontkämpfer-Bund

Oppeln. Dienstag Funktionärsitzung, Schützenhaus, Kommando-Regl.
Oppeln. Rote Jungfront. Mittwoch Versammlung, Schützenhaus.
Oppeln. Sonnabend Appell, Schützenhaus.
Oppeln. Sonntag Generalappell des gesamten Untergaus in Oppeln, 12 Uhr auf dem Ringe, Antreten 10,30 Uhr am Schützenhaus (Uniform). Untergaukonferenz vormittags 10 Uhr im Schützenhaus.

Sonstige Organisationen

Oppeln. Rote Hilfe. Freitag 19,30 Uhr, Mitgliederversammlung im Schützenhaus

Aus aller Welt

Der Steglitzer Schülermord

Vernehmung der Ellinor Ratti

(Eig. Ber.) Berlin, 11. Februar.

In der Sonnabendverhandlung teilte der Erste Staatsanwalt Steinbeck mit, daß er den Sachverständigen Dr. Placzek geladen habe, der auf Veranlassung des Ehepaars Scheller Hilde Scheller untersucht habe und über die Persönlichkeit und Glaubwürdigkeit der Zeugin Hilde Scheller Auskunft geben soll.

Dieser Antrag entfesselt eine lebhafte Auseinandersetzung zwischen Staatsanwalt und der Verteidigung, die beantragt, im Falle der Vernehmung von Placzek die anderen Belastungszeugen, Polizeivizepräsident Dr. Weiß und Polizeirätin Wieking, zu vernehmen.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft tritt dann eine Pause ein, damit die Staatsanwaltschaft zu dem Antrag der Verteidigung Stellung nehmen kann.

Nach der Pause von etwa 20 Minuten bittet Staatsanwalt Steinbeck, den Antrag, die Verhandlung auszusetzen, weil Dr. Placzek überraschend geladen worden sei, abzulehnen und die erforderliche Strafprozeßanordnung in der Form zu gewähren, daß dieser Sachverständige erst beim Abschluß der Beweisaufnahme gehört wird. Die Aussagen der Zeugen, auf deren Urteil über Krantz sich der Verteidiger beruft, bitte er als wahr zu unterstellen, ebenso die unter Beweis gestellten Tatsachen.

Als Gerichtsbeschluß wurde sodann verkündet, daß die

Aussetzung der Verhandlung abgelehnt

wird. Von den Anträgen der Verteidigung werden vier berücksichtigt. Es sollen vier Zeugen neu geladen werden, darunter diejenigen, die über die Frage aussagen sollen, ob Ellinor Ratti den Untersuchungsrichter belogen hat, ferner der Direktor der Schule, in der Krantz war, und der Direktor des Lyzeums, das Hilde Scheller besuchte. Die weiteren Anträge der Verteidigung werden angelehnt.

Die Zeugenvernehmung wurde mit der Vernehmung der Zeugin Ellinor Ratti fortgesetzt. Die Zeugin sagt u. a. aus: Als Hilde Scheller an dem betreffenden Abend Hans mit in die Wohnung hinaufnehmen wollte, sagte ich: „Das kannst Du doch nicht tun, weil Günther oben ist." Hilde regte aber an, Hans doch mit hinaufzunehmen, und zwar so, daß Günther nichts merke. Mir sagte sie, ich sollte nicht verraten, daß Hans Stephan dort ist, sie wolle sich mit ihm ein bißchen unterhalten. Wir gingen dann nach oben, und während sich Hilde mit Hans zurückgezogen hatte, unterhielt ich mich mit Günther. Dieser ging dann fort. Auf die Frage des Rechtsanwalts Dr. Frey, ob ihr bekannt sei, ob Paul Krantz, als er mit ihr allein im Zimmer war, wußte, wen Hilde bei sich hatte, sagte die Zeugin, sie glaube, sie habe es ihm selbst gesagt. Zu den Vorgängen am nächsten Morgen bekundete die Zeugin u. a.: Bevor ich zur Schule ging, ging ich noch einmal zu Schellers hinauf. Paul öffnete, er war furchtbar komisch in seinem Benehmen und antwortete auf meine Frage, was mit ihm sei: Ach nichts. Ich kam auch nicht auf den Gedanken, daß er getrunken hatte. Soviel ich weiß, war Hilde im Badezimmer, ich kann das aber nicht bestimmt sagen. Auf meine Bemerkung zu Hilde, daß sie alle so komisch seien, was denn ihr sei, bemerkte sie: „Ja, Hans war die Nacht hier." Hilde bat dann Paul in meiner Gegenwart nochmals, nichts zu sagen, daß Hans noch in der Wohnung sei, und Paul hat ihr dann auch sein Ehrenwort gegeben. Günther ging zuerst ins Schlafzimmer, Paul folgte ihm, die Tür wurde zugemacht;

plötzlich hörten wir Schüsse.

Meiner Ansicht nach waren es drei. Hilde stürzte sofort ins Schlafzimmer, als ich auch hinzukam, sah ich jemand tot am Boden liegen und dachte zunächst, Paul hätte sich erschossen; aber Hilde schrie:

„Paul, was hast Du gemacht?"

Paul sagte: „Gar nichts."

Hilde ging dann nochmals durch das Zimmer und rief: „Hans, wo bist Du?" Schließlich fand sie Hans ebenfalls tot in der Schrankecke. Ich fragte Paul, wie das gekommen sei. Er zuckte mit den Achseln, er wisse nichts. Wir versuchten dann gemeinsam, den Günther zu verbinden. Als Hilde Polizei und Arzt rufen wollte, sagte Paul: „Drei sind schon genug." Als die Zeugin dann schon auf der Treppe war, ist sie, wie sie erklärte, wieder zurückgerufen worden. Paul sagte, es war Günthers Revolver, worauf sie erwiderte: „Nein, es war Deiner." Auf eine Frage des Vorsitzenden bekundet die Zeugin, Hilde Scheller habe beim Anblick ihres toten Bruders laut geschrien: **„Günther, mein armer Günther, was hast Du gemacht?"** Der Schmerz sei aber offenbar an der Leiche des Freundes Hans noch größer gewesen. Die Zeugin erklärt im übrigen, sie könne jetzt selbst nicht mehr sagen, ob das, was sie heute über den Fall wisse, nicht durch die Lektüre der Zeitungsberichte und durch die vielen Gespräche mit ihren Eltern, Bekannten und mit Hilde über den ganzen Fall beeinflußt worden sei.

Nach der Mittagspause wurde Ellinor Ratti weiter über die Einzelheiten der Nacht vernommen. Der Vorsitzende hält ihr vor, daß sie in der Voruntersuchung weit bestimmtere Angaben gemacht habe als hier. Die Zeugin erwidert: „Ja, dafür kann ich nicht. Ich hätte meine Bekundungen vielleicht genauer machen können, aber ich habe Angst, weil ich vereidigt worden bin. Da fürchte ich bei jedem Wort, daß es doch nicht absolut der Wahrheit entsprechen könnte, und das irritiert mich."

Nunmehr muß die Sitzung unterbrochen werden, da der Angeklagte Paul Krantz trotz Stärkungsmitteln sich zu schwach fühlt, um der Verhandlung weiter folgen zu können. Er wird in das Beratungszimmer geschafft, um dort von den Gerichtsärzten untersucht zu werden.

Ein Oberstudiendirektor von der Oberrealschule in Mariendorf, die Krantz zuletzt besuchte, bekundete als Zeuge, daß Krantz stets zu den besseren Schülern gehört habe. Er halte den Angeklagten für einen befähigten jungen Mann über durchschnittlicher Begabung, aber auch für einen leichtsinnigen und phantastischen Menschen, der leicht aus der Bahn zu bringen sei. Krantz sei nicht willensstark und sicherlich kein kaltblütiger Mörder. Alle Schüler, die er, der Zeuge, befragt habe, hielten Günther Scheller für den stärkeren Teil und waren der Ansicht, daß Krantz sich beeinflussen ließ.

Ein Oberstudiendirektor vom Oberlyzeum Mariendorf, in dem Hildegard Scheller Schülerin gewesen war, sagte aus, daß man Hildegard Scheller nicht ganz trauen konnte. Die Schule habe auch schon in früheren Jahren bei ihr [illegible] Verkehr mit Jungen festgestellt.

Rundfunkprogramm

Donnerstag, 16. Febr. 16.30: Konzert. Funklapelle. Mitw.: E. Prade (Violine), K. Becker (Cello). ● 18: Gleiwitz: Siegmund Reis: Die Handwerker im deutschen Volkshumor. 1. Bis zum Mittelalter. ● 18.30: Zahnarzt Dr. Salisch: Können Zahnfüllungen schädlich wirken? ● 19.05: Einführung in die Redeschrift. ● 19.35: Englische Lektüre. ● 20.05: Aus des großen Kampffliegers, Landfahrers, Gauklers und Magiers Till Eulenspiegel Abenteuer, Streiche, Gaukeleien, Geschichten und Träume, von G. Hauptmann, gel. von Br. Schoenfeld. ● 21: Gleiwitz: Bunte Stunde. Mozart: Menuett. — Niederdeutsche Volkswesen: Burlala. Jan Hinnerk. Kennt ihr all dat neue Lied. — Benatzky: Die Fastnacht von Eveling. — Kollo: Was eine Frau im Frühling träumt. — Kollo: Marietta. — Kreisler: Schön-Rosmarin. Wiener Lied. — Schnurren zur Laute. — Schulz-Steineg: Der Spuk von Lübbenau. — Seidel-Steineg: Das Huhn und der Karpfen. — Thum: Widele-Wedele. — Kalman: Ein Glaserl Wein, aus Hollandweibchen. — — Götze: Das Lied vom schwachen Stündchen, aus Ihre Hoheit, die Tänzerin. — Anschl.: Abendberichte. Funktechn. Briefkasten. ● 22.30: Berlin: Funktanzstunde. ● 23: Tanzmusik.

Freitag, 17. Febr. 16: Konzert. Funklapelle. ● 17.30: Gewerbeoberlehrerin Holtz: Fastnachtsgebräuche. ● 18.15: Gleiwitz: Chefred. Roitz: Zeitlupenbilder aus Oberschlesien. ● 18.50: Dr. Felber: Die Musik und die Tiere. Sprecher: W. Koch. ● 19.20: Berufsberatung. Dr. Rose: Heiraten oder Selbstverdienen? ● 20: „Im grünen Baum zur Nachtigall". Ein Studentenstück von O. E. Hartleben. Spielleit.: W. H. Fuchs. Pers.: Frau Katharina Döbereiner, Wirtin im Grünen Baum zur Nachtigall; Röschen, ihre Tochter; Dr. Hermann Steingräber; Lilly Steingräber, seine Schwester; Heinrich Pfenninger, Chemiker; Mitglieder der Alania; Gustav Letzlaff, Referendar; Dr. Willibald Althoff, prakt. Arzt; Popel, Verbindungsdiener. Ort und Zeit: Wirtshaus zum Grünen Baum zur Nachtigall in Cospeda bei Jena in der Jetztzeit. — Aus der Sportarena in der Jahrhunderthalle: Sechstagerennen. Start und erste Wertungen. — In der Pause: Zehn Minuten Esperanto.

Sonnabend, 18. Febr. 15.45: Aus Büchern. ● 16.15: W. Schimmel-Falkenau: Filme der Woche. ● 16.30: Breslau: Funklapelle. Flöte: R. Schide. ● 16.30: Gleiwitz: Alte und neue Volkslieder. Leit.: L. Kieslich. Auswahlchor des Marien-Lyzeum: Gleiwitz. ● 18: Postrat Jaffke: Seelabelreisen in Krieg und Frieden. ● 19: Dora Münzer-Bandmann: Deutsche Handelskorrespondenz. ● 19.30: Englisch für Fortgeschr. ● 20.10: Funklabarett. Funklapelle. M. Heye. Rose Pahlen (Sopran). H. Menzel (Kontrabaß). E. Bing (singende Säge). Martha Amati (Violine). — Heiteres. — Lehar: Auftrittslied der Sonja aus Zarewitsch. Walzerlied aus Paganini. — Koussewitzky: Chanson triste. Valse miniature. — Stransky: Casanova, dich lieb ich. — Schubert: Der Lindenbaum. — Kromer: Grüße an die Heimat. — Heiteres. — Kalman: Lieber Himmelsvater, sei nicht böse, aus Faschingsfee. — Kollo: Lied aus Drei arme, kleine Mädels. — Madensky: Träumerei. — Bottesini: Tarantella. — Heiteres. — Huban: Fant. aus Carmen. — Wieniawski: Kujawiak. — Benes: Maltaroni, Charleston. ● 22: Sechstagerennen: Rundgang durch die Kojen. ● 22.30: Berlin: Funktanzstunde. — 23: Breslauer Sechstagerennen im Rundfunk: Ergebnisse der Abendwertungen. — Anschl.: Tanzmusik.

Verantwortlich: Für den politischen Teil Artur Dombrowski, für „Betrieb und Werkstatt" und „Waldenburg" Wilhelm Biewald, für „Breslau", „Görlitz" und die übrigen Beilagen Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den oberschlesischen Teil Fritz Jendrosch, MdL., Gleiwitz. Für Inserate W. Gerber-Breslau.

Vereinigte Theater Breslau

Lobe-Theater
Von Sonnabd., d. 11. 2. bis Freitag, den 17. 2. täglich 20 Uhr „Trommellieder"
Sonnabend, d. 18. 2. täglich 20 Uhr Zum ersten Male! „Der Hexer" Kriminalstück von Edgar Wallace

Thalia-Theater
Von Sonnabd, d. 11. 2. bis bis Freitag, den 17. 2. täglich 20 Uhr „Das Kamel geht durch das Nadelöhr"
Sonnabend, den 18. 2. täglich 20 Uhr Uraufführung „Krämerballade" Burleske Komödie

Schauspielhaus
Operettenbühne Breslau
Tel. Stephan 36300
Täglich 20 Uhr
„Der Zarewitsch"
Musik von Franz Lehar

Stadttheater Breslau
(Opernhaus)
Montag, 19.30 Uhr Abonnements-Vorstellung Serie D 13 Figaros Hochzeit
Dienstag, 20 Uhr Abonnements-Vorstellung Serie A 13 Das Wunder der Heliane
Mittwoch, 20 Uhr Abonnements-Vorstellung Serie B 13 Fidelio
Donnerstag, 20 Uhr Abonnements-Vorstellung Serie E 13 Der Freischütz
Freitag, 20 Uhr Abonnements-Vorstellung Serie C 13 Hoffmanns Erzählungen
Sonnabend, 20 Uhr Tanz-Gastspiel Palucca
Sonntag, 20 Uhr In vollständ. neuer Neuinszenierung Die lustigen Weiber von Windsor

Inserate haben in unserer Zeitung **guten Erfolg**

Lederjacken Ia
Warm gefüttert 44.—, 45.—, 47.—
Lederhosen 5.25
Lederkappen und -Mützen
Lombarthaus, Breslau, Schweidnitzerstr. 4

Feine Fleisch- und Wurstwaren
Woitkowiak
Breslau, Bilderiastr. 118 20

Führer durch die Geschäftswelt

Breslau-Ost

Medizinal-Drogenhaus R. Binas
Ofenerstrasse 27
Chemikalien, Parfümerien, Farben
1634

Angenehmes Familienlokal
Franz Bräuer
Ofenerstraße 23
81645

Otto Bernstein
Kolonialwaren
Löschstrasse 11
Telephon 40560
81637

Jeder Arbeiter kauft gut u. preiswert in der Reinbäckerei
H. Dziallas
Ernststraße 4
81648

Angenehmes Familienlokal
Rudolf Peche
Brüderstraße 24
81650

Fahrradhaus Schlage, Tauentzienstr. 149
Fahrräder in allen Preislagen
Fachmänn. Reparatur - Werkstatt
81631

Fahrräder — Grammophone
Hoch, Klosterstr. 103
81649

Mann alterwaren und Wäsche
Paul Lorenz
Breslau, Bahnhofstraße 21
81637

Jeder Arbeiter kauft gut u. preiswert in der Bäckerei
Herrmann
Brockauer Str. 16
81651

Blumenhaus für Freud u. Leid
Emma Adler
Tauentzienstr. 165
81641

Filialwaren-Spezialgeschäft
Kurt Rühl
Borwerkstr. 73
81638

Lebensmittel Kolonialwaren
M. Kricke, Löschstr 17
8 Proz. Rabatt
81631

Angenehmes Familienlokal
Wolffs Gaststätte
Königsgrätzer-Ecke Tauentzienstr
81620

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Breslau-Süd

Gaststätte
F. Mittwoch
Sadowastraße 26
81643

Möbel auf Teilzahlung
bei Fahnroth, Neudorfstr. 13
81644

Breslau-Zentrum

Allerfeinste Auszugsmehle, Kolonialwaren
Hermann Berger
Ritterplatz 13
81640

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Albert Seifert
Hubenstraße 41
81639

„Bettfedern" neuzeitl. Reinigung
Dutschke
Margaretenstr. 15 (Hofgebäude)
81633

Jeder Arbeiter kauft gut und preiswert in der Fleischerei von Karl Morawe
Malergasse 23-24
31635

Weinbrand Rum :: Liköre nur bei
D. Kochmann
Weidenstrasse 25
81646

Schuhhaus Kloss
Maß- u. Reparatur-Werkstatt
Breite Straße 21
Reell u. preiswert
81647

Jeder Arbeiter kauft reell und preiswert in der Fleischerei von
Wilhelm Jäckel
Hummerei 29
81636

Wir empfehlen unsere **Buchdruckerei** zur Anfertigung von
Werken
Plakaten
Briefbogen
Rechnungen
Programmen
Einlaßkarten
Flugblättern
Massenauflagen usw.
Gute Ausstattung!
Niedrige Preise!
PEUVAG
Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Aktien-Gesellschaft Berlin
Fil. Breslau
Trebnitzer Str. 50

2mal wöchentlich ein Gericht **Fisch** auf jeden **Tisch**
darum Dienstag wieder ein **billiger**
Seefischtag
in der
Nordsee
Bohrauer Str. 2, Schmiedebrücke 19 (rechts v. Ring aus), Neue Schweidnitzer Str. 5 a, Anderssenstraße 2
Liegnitz, Breslauer Str. 27
Seelachs o. Kopf, Pfd. nur **26** ₰
Kabeljau ohne Kopf, Pfund nur **33** ₰
Schellfisch ohne Kopf Pfund nur **38** ₰
weiße Kotelettes, Pfd. nur **65** ₰
Blutfrisch. Grüne Heringe, Pfund nur **19** ₰

Genossen! Werbt neue Leser!

„Volkswohl"
Breslau, Paulstr. 23
kauft Ihr billig und gut
Wäsche, Leinen- und Baumwollwaren
Arbeiter-Konfektion
Inh.: Hugo Klose

Beuthen

Metallbetten
Auflegematratzen aus eigener Werkstatt
Koppel & Taterka, Hindenburg
Kronprinzenstraße 127 — Telephon 3190
Beuthen, Piekarer Straße 23
Telephon 2048, 2049

Nr. 7 **Arbeitersport** 1928

Internationale Schau

Aufmarsch der Berliner Sportvereine.

80 Prozent aller Berliner Arbeiter-Sportvereine und Abteilungen folgten dem Rufe der kommunistischen Stadtverordnetenfraktionen zu einer Aussprache über die städtische Sportwerbewoche und die bevorstehenden Etatsberatungen im Berliner Stadtparlament. Ueber dreihundert Vertreter der Vereine und Abteilungen waren erschienen, um einen Bericht der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion über die Tätigkeit im Stadtamt für Leibesübungen entgegenzunehmen. 15 Genossen sprachen in der Diskussion. Sozialdemokratische und parteilose Arbeitersportler billigten die Arbeit der KPD.-Fraktion. Lediglich zwei Unentwegte von der Berliner „Luzern-Sportfraktion" und der Stadtjugendpfleger und Deputierte im Stadtamt für Leibesübungen, Hansel, verteidigten eine gemeinsame Sportwerbewoche. Die Versammlung war, bis auf die drei „Luzern-Sport"-Vertreter einmütig gegen die städtische Sportwerbewoche zusammen mit den bürgerlichen, Werks-, Behörden- und Polizeisportvereinen. Vielmehr wurde die Forderung aufgestellt, daß die Stadt Berlin mit ihrer SPD.- und KPD.-Mehrheit eine Arbeitersportwerbewoche mit städtischer Unterstützung durchführt. Aus der Versammlung kamen zahlreiche materielle Forderungen der einzelnen Organisationen, die von der SPD.- und KPD.-Fraktion zur Beratung im Stadtparlament eingebracht werden sollen. Die Meinung der Arbeitersportler war, den bürgerlichen Verbänden von einer sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit keinen Pfennig zu bewilligen. Die KPD. erklärte durch ihre Vertreter, daß sie sich dafür einsetze, während der SPD.-Mann Hansel sich darüber ausschwieg.

Die sozialdemokratischen Sportführer immer offener gegen die Einheit.

Am 28. und 29. Januar hielten die Kreisvertreter, der Bundesvorstand und Bundesausschuß des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes eine Tagung ab, die mit 40 gegen 5 Stimmen beschlossen hat:

„Die Kreisvertreterkonferenz nimmt den Bericht über den gegenwärtigen Stand der Beziehungen zu Rußland und über die internationale Lage entgegen. Die Sitzung unterstreicht die vom Bundesvorstand gefaßten Beschlüsse und erklärt sich mit dem Maßnahmen des Kongresses (der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale) zu Helsingfors einverstanden."

Ein besonderer Antrag von Hermes-Solingen, die Verbindung mit Rußland wieder herzustellen, fand nur vier Stimmen. Den hunderten von Anträgen und Resolutionen der Arbeitersportvereine zum Trotz befolgen die „parteipolitisch neutralen" Arbeitersportführer immer konsequenter die Politik der SPD. Mit der Weigerung, die sportlichen Beziehungen mit Sowjetrußland wieder aufzunehmen, tun sie in der Arbeitersportbewegung nur dasselbe, was die SPD. in ihrer Gesamtpolitik macht. Die Arbeitersportler dürfen nicht ruhen, um den Saboteuren der Einheit das Handwerk zu legen. Jetzt erst recht muß in allen Vereinen die Forderung erhoben werden: Sofortige Herstellung der sportlichen Beziehungen zur Sowjetunion!

Für deutsch-russischen Sportverkehr. Der Bezirkstag des Bezirks Zwickau und Umgebung nahm u. a. eine Entschließung für Spartengliederung im Bunde und für die Aufnahme der deutsch-russischen Sportbeziehungen an. Die 54 anwesenden Delegierten faßten ihre Beschlüsse einstimmig.

Notizen

Bemerkungen über die Aufgaben der Arbeiter-Radfahrer im Jahre 1928.

Uns wird von einem Striegauer Arbeiter-Radfahrer geschrieben: Bundesgenossen! Die Generalversammlungen in den Ortsgruppen sind vorüber. Wo eine rührige Leitung an der Spitze steht, wird auch immer eine gute und tüchtige Ortsgruppe sein. Manches aber wird außer acht gelassen, und das betrifft die Festlichkeit. Das alte Jahr war noch nicht verflossen, da lagen schon eine Anzahl Voranzeigen für 1928 in den Händen des Bezirksleiters. Das ist verkehrt, und Zukunftsaufgabe ist, gegen die Festlichkeiten zu steuern. Betreiben wir lieber mehr Wanderfahrten, sei es ortsgruppen- oder bezirksweise. Dadurch lernen sich die Genossen in den Ortsgruppen näher kennen. Gerade wir im Striegauer Kreise können als Radfahrer in diesem Jahre viel, viel Feld bestellen helfen. Es wird unsere Aufgabe sein, die schwarzen Winkel zu durchwandern. Nennen wir nur einige: Metschkau, Pläswitz, Peicherwitz, Lohnig, Hulen, Riegel usw. Der westliche Winkel über Oelse, Ullersdorf usw. ist von derselben Schwärze. Ihr seht — Arbeit gibt es die Hülle und Fülle im Wahljahr 1928.

Auch die agitatorische Arbeit für unser Bund läßt viel zu wünschen übrig. Schreitet man zur Arbeit, und Radfahrer an Radfahrer huscht vorbei, dann fragt man sich, wieviele von ihnen sind noch nicht Bundesmitglied? Hier ist es Aufgabe unserer Bundesgenossen, heranzutreten und aufzuklären.

Was bietet und leistet unser Bund? Diese Frage ist vielen unserer Bundesgenossen selbst noch nicht bewußt. Unser Bund bietet: Rechtsschutz, Haftpflicht, Radunfall und Raddiebstahl sowie monatlich die Bundeszeitung. Alles für einen Jahresbeitrag von 6 Mark, monatlich 50 Pfennige. Und nun, Bundesgenossen, auf zur rührigen Mitarbeit, zum Wohle der Arbeiter-Sportbewegung! G. W.

Kursus für Schwimmer in Breslau. Die Kreisleitung der Wassersportler des 14. Kreises des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes veranstaltet am 25. und 26. Februar in Breslau einen Zwei-Tage-Kursus. Alle Arbeiter-Turn- und -Sportvereine, die Gelegenheit zur Ausübung des Schwimmsports haben, werden aufgefordert, Teilnehmer zu diesem Kursus zu senden. Meldungen sind umgehend an den Kreisschwimmwart Hermann Lindner, Breslau 5, Gräbschener Straße 46, zu richten. — Teilnahmebedingungen gehen nach Meldung den Vereinen zu.

Der Bezirkstag des 6. Bezirks fand am 5. Februar in Peilau statt. Der gute Besuch von 27 Vereinen mit 41 Delegierten, 8 Bezirksverwaltungsmitgliedern und einem Vertreter des Kreises zeigte schon nach außen hin das lebhafte Interesse der Vereine an Bezirksveranstaltungen. Die Zahl der Vereine stieg von 39 auf 42, die Mitgliederzahl ist um 150, von 2700 auf 2850 gestiegen. Die Berichte der Funktionäre zeigten das Bild regen Lebens im 6. Bezirk. Eine lebhafte Aussprache folgte den Berichten. Besonders die wenig arbeiterfreundliche Einstellung des Bezirksausschusses für Jugendpflege bei der Regierung Liegnitz wurde scharf kritisiert. Die Referate des Kreisvertreters über Kreistag und Bundestag fanden aufmerksame Zuhörer. Die Aenderung des Delegationsrechtes zum Kreistag fand Zustimmung. Die Vereine des Bezirks wurden ersucht, zum 25jährigen Bestehen des Liegnitzer Vereins den 26. August freizuhalten. Die Bezirksleitung wurde wiedergewählt. Neugewählt wurden P. Simon-Groß-Rosen als Bezirksberichterstatter und P. Hoffmann-Schweidnitz als Jugendleiter. Am Vorabend fand ein Ausspracheabend mit 55 Teilnehmern, zum Teil Delegierten, zum Teil auch jüngeren Vereinsgenossen von Peilau statt.

Sport vom Sonntag

Fußball

Freie Sportfreunde I — Süd I 2:1

Eine Ueberraschung gab es am Sonntag auf der Zankholzwiese. Süd mußte sich von den Sportfreunden geschlagen bekennen. Mit dem Anstoß der „Freien" entwickelt sich ein flottes Spiel. Beide Torhüter bekommen reichlich Arbeit. In der 20. Minute kann Süd durch Eigentor in Führung gehen. Doch kurz vor der Pause ist der Ausgleich da. Nach Wechsel dasselbe Bild, bis die Freien durch einen Fehler des Torwächters zum Siege kommen. Der Schlußpfiff des guten Schiedsrichters trennte ein schönes Spiel, in dem der Bezirksmeister geschlagen war.

F. S. V. I — 1921 4:2

Durch schlüpfrigen Boden etwas beeinträchtigt, stieg obiges Spiel. Mit dem Anstoß von 21 entwickelte sich in der Folge ein gut verteiltes Spiel, bis in der 10. Minute F. S. V. zum ersten Tor einsenden kann. 21 drückt nun mächtig, doch die Stürmerreihe kann sich nicht finden und die gut eingeleiteten Kombinationen scheiterten an der Verteidigung und dem blendenden Tormann der Roten. Kurz vor Halbzeit erzielte F. S. V. durch Fehler der Verteidigung das zweite Tor. Nach Halbzeit hat 21 mehr vom Spiel und ist zeitweise überlegen, so daß sie kurz hintereinander gleichziehen konnten. F. S. V. gibt sich nun reichlich Mühe, durch eifriges Spiel das Resultat höher zu stellen, was auch durch zwei weitere Tore gelingt.

Sturm I — Wacker I 3 : 2

Zwei vollkommen ausgeglichene Mannschaften standen sich am Nebelpark gegenüber. Gleich nach Anstoß macht sich eine kleine Ueberlegenheit Sturms bemerkbar. Schon in den ersten Minuten sind sie einmal erfolgreich. Bis zur Pause erhöhen sie die Torzahl auf 2. Nach Wechsel hat Wacker mehr vom Spiel. Durch Halblinks können sie ein Tor aufholen, doch kurze Zeit später stellt Sturm durch ein 3. Tor das alte Verhältnis her. Die Grünweißen sind kurz vor Schluß zum 2. Male erfolgreich. Bis zum Schlußpfiff ändert sich nichts mehr an obigem Resultat. Der Schiedsrichter konnte gefallen, trotzdem Sturm seine Entscheidungen oft anzweifelte.

Einigkeit I — Oswitz I 0 : 3

In Mochbern trafen sich die beiden alten Rivalen in stärkster Aufstellung zum Freundschaftsspiel. Einigkeit stößt an, und es entwickelt sich ein spannendes Spiel unter der mustergültigen Leitung des Sportsgenossen Neumann (Falke). Die etwas bessere Spielweise von Oswitz wirkt sich in einem durch Mitte erzielten Tore aus. Einigkeit geht mehr aus sich heraus, doch ist es ihnen nicht vergönnt, etwas Zählbares zu erreichen. Hatte man erwartet, daß die Oswitzer, die vor der Pause einen ermüdeten Eindruck machten, nachlassen würden, so sah man sich getäuscht. Da Einigkeit durchaus nichts gelingt, werden sie unruhig. Dieses nützen die Oswitzer geschickt aus, und es gelingt ihnen in kurzer Zeit die Torzahl auf 3 zu erhöhen. Die Mochberner verschenken dann großzügig einen Elfmeter, so daß ihnen bis Schluß nicht vergönnt ist, das verdiente Ehrentor zu erzielen. — Vorher spielten die II. Mannschaften und die Jugend beider Vereine. Resultate: Einigkeit II — Oswitz II 5 : 2; Einigkeit Jgd. — Oswitz Jgd. 8 : 0.

Resultate:

Sturm I — Wacker I 3:2
Sturm II — Wacker II 8:1
1921 I — F. S. V. I 2:4
1921 II — F. S. V. II 0:5
Fr. Sportfr. I — Süd I 2:1
Rapid I — Sparta I 2:0

Der Arbeiter-Tennissport auch in Schlesien. Der Arbeiter-Tennissport hat nunmehr auch in Schlesien seinen Einzug gehalten. In Breslau wurde eine „Freie Tennisvereinigung Breslau" gegründet, die dem Arbeiter-Turn- u. -Sportbund angeschlossen werden wird. Ein starker Zustrom ist zu verzeichnen.

Breslauer Fußballspiele am 19. Februar

15,00:	West I — V. f. L. I, Eichenpark, Scholz Karl
13,30:	West II — V. f. L. II, Eichenpark, Reinert
10,00:	West III — V. f. L. III, Eichenpark, Schwede
10,00:	F. S. V. Jgd. — V. f. L. Jgd., Bebelpark, Rudolf
13,30:	F. S. V. II — Hertha II, Bebelpark, Grunert Fr.
15,00:	F. S. V. I — Hertha I, Bebelpark, Scharte
15,00:	Ohlau I — Oswitz I, Ohlau, Völkel
13,30:	Ohlau II — Oswitz II, Ohlau, Verein
15,00:	Silesia Kickers I — 1921 I, Stadion, Faltin
13,30:	Silesia Kickers II — 1924 II, Stadion, Preuß
15,00:	Vorwärts I — Trebnitz I, Stadion, Kühndel
13,30:	Vorwärts II — Trebnitz II, Stadion, Tränkel
9,30:	Maler Jgd. — Hertha Jgd., Zankholzwiese, Zlobinsky K.
11,00:	Fr. Sportfr. III — 1921 III, Zankholzwiese, Rupprecht
14,30:	Fr. Sportfr. II — 1921 II, Zankholzwiese, Ritter P.
15,00:	V. f. K. I — Fr. Sportfr. I, Hermannsdorf, Eckert P.
15,00:	1924 I — Diana I, Gröschelwiese, Kronig
15,00:	Hundsfeld I — Einigkeit II, Hundsfeld, Hüllenhagen
13,30:	Hundsfeld II — Einigkeit III, Hundsfeld, Grindel Fr.
10,00:	Rapid Jgd. — West Jgd. Hatzfeldtweg, Schirdewahn
10,00:	Union Sch. — Falke Sch., Dt. Lissa, Verein
13,00:	Union Jgd. — Einigkeit Jgd., Dt. Lissa, Zedel
15,00:	Oels I — Wratislawia I, Oels, Kretschmer A.
14,30:	Oels II — Wratislawia II, Oels, Schwarz
13,30:	Oels Jgd. — Wratislawia Jgd., Oels, Freudenberg
15,00:	Rapid I — Stern I, Hatzfeldtweg, Mosler
13,30:	Rapid II — Stern II, Hatzfeldtweg, Springer.

Fußballsparte. Haupt-Spielausschuß. Sonntag 9 Uhr bei Firla Haupt-Spielausschuß-Sitzung, wozu sämtliche Obleute zu erscheinen haben.

— Spartenvorstand. Die Adressen der neuen Obleute der Gruppe Brieg sind: Gruppenleiter Hermann Titze, Brieg, Holzmarkt 2; Spielausschuß-Obmann Wilhelm Schölzel, Rathau (bei Brieg).

A. S. V. Rapid. Den Ausschluß gegen die Sportsgenossen Erwin Schmiek und Alfred Kraske aus dem A. S. V. Rapid nehmen wir hiermit zurück, da sich dieser als unrichtig erwiesen hat, und wir weisen auf die Funktionärsitzung vom 24. 2. 27 hin. — Der Vorstand.

ASC. Wacker 1921. Mittwoch, 23. Februar, 20 Uhr, bei Schiller, Vorstandssitzung.

Verein für Rasenspiele 1921. In der am 5. Februar stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Sportgenossen gewählt: 1. Vors. Kurt George, Schwertstr. 7; 2. Vors. Paul John; 1. Kass. Georg Ulbrich, Herdainstr. 65, I.; Schriftf. Alfred Rother, Kaiser-Wilhelm-Str. 196; Sportwart Erich Ziegler, Kürassierstr. 31; Zeugwart Erich Rother. Sportliche Anschriften sind an den Sportwart, geschäftliche an den 1. Vorsitzenden zu richten.

1. Arbeiter-Anglerverein Breslau, e. V. Bitte nochmals, die Einzahlungen für die Angelkarte 1928 in die Arbeiter-Bank nicht zu vergessen. Bei restloser Bezahlung bis 25. Februar können wir diese in der nächsten Mitgliederversammlung am 8. März ausgeben. Die Ausgabe der Bibliotheksbücher findet jeden Dienstag von 16—19 Uhr bei Sportgenossen Fritz Mauer, Kronprinzenstraße 38, statt.

Strehlen. Die von den Radfahrern am 5. Februar im Gewerkschaftsheim abgehaltene Mitgliederversammlung war gut besucht. Die Vorstandssitzung hat beschlossen, eine Unterstützungskasse einzurichten, wozu jedes Mitglied 20 Pfennig pro Vierteljahr abzuführen hat. Dafür erhält es bei einer Krankheitsdauer von dreizehn Wochen 15 Mark. Der Beschluß wurde angenommen, nur die Karenzzeit wurde von 13 Wochen auf 10 herabgesetzt. Als Delegierte zum Bezirkstag am 26. 2. im Gewerkschaftsheim wurden die Genossen Bartnek, Paul, Thinel, Paul, und Stiller, Richard gewählt. Genosse Thinel gab einen Bericht vom Sportkartell. Jede Festlichkeit muß 6 bis 8 Wochen vorher gemeldet sein. Der Reichsarbeitersporttag soll für sämtliche Vereine freibleiben. Genosse Lorenz betonte, daß der Bundestag vom 4. bis 7. August in Hamburg stattfindet. Wem es möglich ist, sich daran zu beteiligen, soll sich anmelden.

Ober-, Nieder-Salzbrunn, Adelsbach. Das Sportkartell hielt am Sonntag seine Jahres-Vollversammlung im „Viehkrug"-Nieder-Salzbrunn ab. Dazu waren geladen die Gemeindevertreter der SPD.- und KPD.-Fraktionen aller drei Gemeinden, der Besuch der Versammlung war gut. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden ging hervor, daß die Mitgliederzahl des Kartells einschl. Schüler 819 beträgt. Anschließend gaben die Sportgenossen, die beauftragt waren, mit den Gemeinden zu verhandeln, Bericht. Alle drei Berichte zeigten, daß in den Gemeinden für alles andere Geld vorhanden ist, nur nicht für den Arbeitersport. In der Aussprache waren es die Gemeindevertreter Ernst (KPD.), Winkler (SPD.) von Ober-Salzbrunn, Großer (KPD.) von Nieder-Salzbrunn, die sich dagegen wandten, daß für bürgerlichen Klimbim Gelder in den Gemeinden vorhanden sind, für Arbeitersport aber nichts. Die Badeanstalt Ober-Salzbrunn ist den Bürgerlichen ein Dorn im Auge. Es wird hinausgeschrien, sie kostet 165 000 Mark. Man verschweigt aber dabei, daß Staatszuschuß gezahlt worden ist. Es ist festgestellt, daß die Badeanstalt seit Eröffnung im Juli v. J. ab einen Reingewinn von 17 000 Mark erzielt hat. Wie kann da gesagt werden, sie „rentiert" sich nicht? Auch die Turnhallenangelegenheit Nieder-Salzbrunn wurde nochmals angeschnitten. Zu was braucht dieser Ort eine Turnhalle? Eine Auto-Reparaturwerkstatt ist besser angebracht in diesen Neubauanlagen. Die Bergarbeiter, die Nachtschicht haben, können dann bestimmt gut schlafen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: 1. Vors. Gelke, Sandberg; 2. Vors. Münzberg (Radf.), Ober-Salzbrunn, Kass. Außt (Ring.), Sandberg. Schriftführer und Pressewart Bartsch (Turner), Nieder-aSalzbrunn! Techn. Leiter Kühn (Turner), Sandberg. Vertreter der Gemeinden Nieder-Salzbrunn: Müller und Buhl; Ober-Salzbrunn: Gelke, Adelsbach: Mujunke. Bei der Tagesordnung war auch ein Referat vorgesehen, Referent war Kühne (SPD.). Dieses mußte ausfallen, da Kühne nicht erschienen war. Die Kassenverhältnisse sind als gut anzusehen. Unter dem letzten Punkte wurde beantragt, Anschaffung einer roten Fahne für das Ortssportkartell, diese soll die Inschrift tragen: „Orts-Sportkartell Ober-Salzbrunn". Der Vertreter der Arbeitersamariter, Mack, gab dem Wunsche Ausdruck, in Nieder-Salzbrunn eine Kolonne ins Leben zu rufen. Sollten Sportgenossen aus den Vereine gewillt sein, sich ausbilden zu lassen, sind Wünsche und Anfragen an Genossen Mack, Sandberg, zu richten.

Hirschberg. Die Freie Turnerschaft hielt am 3. Februar ihre Monatsversammlung ab. Berichte wurden gegeben von der Sitzung des Stadtverbandes, in der die Frage eines Hallenschwimmbadbaues erörtert wurde, sowie von der Sitzung der städtischen Jugendpflege. Für Veranstaltungen auf dem Sportplatz wurden folgende Sonntage gemeldet: 6. Mai (Sportanturnen), 17. Juni (Rast), 14. und 15. Juli (Bezirks-Turn- und -Sportfest des 10. Bezirks). Dem Verein ist vom Magistrat die beantragte Benutzung der in dem Stadtteil Cunnersdorf neuerbauten Turnhalle bewilligt worden. Bei den Delegiertenwahlen zu den am 4. März d. J. in Hirschberg-Cunnersdorf im Gasthof „Zur Eisenbahn" stattfindenden Bezirkstage des 10. Bezirks, zu dem der Freien Turnerschaft sieben Delegierte zustehen, wurden die Bundesgenossen Fritz Nanke, Karl Scholz, Fritz Sperling, Willi Böhme und die Bundesgenossin Ella Weist gewählt. Zwei Delegierte (eine Bundesgenossin und einen Bundesgenossen) hat die Abteilung Straupitz zu wählen. Für Bundesgenossen Hartwig wird Bundesgenosse Hellmut Stief als zweiter Gerätewart gewählt. Unter Verschiedenes wird auf den am 3. März d. J. um 20 Uhr im Gasthof „Zur Eisenbahn" in Hirschberg-Cunnersdorf stattfindenden Vortrag über „Arbeitersportler und Wahljahr 1928" hingewiesen. Das Referat hält Bundesgenosse Döblitz-Breslau. Bezirkstagsdelegierte sind zur Teilnahme an diesem Vortrag verpflichtet. Für die auswärtigen Delegierten werden für die Nacht vom 3. zum 4. März eine Anzahl Quartiere benötigt, und es wird gebeten, bei Versprechen der Unterkassierer diese dem Verein zur Verfügung zu stellen.

Bunzlau. Radfahrerkonferenz. Am 29. Januar fand im Volkshaus in Bunzlau eine Konferenz der Sportleiter der Arbeiter-Radfahrer Bezirk 7 Gau 8 statt. Bezirkssportleiter Pohl gab Bericht über das verflossene Jahr. Die statistische Berichterstattung ließ noch sehr viel zu wünschen übrig. Es wurden im vorigen Jahre vier Gruppenfeste und ein Bezirkssportfest abgehalten. Von seiten der Bezirkssportleitung wurden 29 Schiedsrichter gestellt. In diesem Jahre sollen Kurse der Gruppensportleiter stattfinden. Dem Rennsport soll mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Am 13. Mai Bezirkssternfahrt, am 27. und 28. Mai (Pfingsten) Gaufest in Bunzlau im Volkshaus, am 24. Juni Reichs-Arbeitersporttag, am 19. August Gauwanderfahrt nach Lähn, Treffpunkt Löwenberg früh 10 Uhr. Eine längere Debatte erfolgte über gewerkschaftliche sowie politische Organisierung der Mitglieder. Mehr Disziplin muß auch in Zukunft bei Ausfahrten gewahrt werden, die älteren Mitglieder müssen unserer Jugend ein Vorbild sein. Vertreten waren 27 Ortsgruppen durch 28 Delegierte.

Soeben erschienen:

Schriften gegen die Kulturreaktion. In den letzten Tagen sind im „Internationalen Arbeiter-Verlag Berlin C 25" zwei kleine Schriftchen erschienen, die die Beachtung der Arbeiterleser in hohem Maße verdienen. Eines dieser Hefte enthält die Reichstagsrede der Genossin Klara Zetkin, in der sie mit dem Reichsschulgesetzentwurf abrechnet. Es dürfte von jedem Arbeiter und vor allem von den Frauen begrüßt werden, die klare, überzeugende Rede der gressen Genossin Zetkin nunmehr im Wortlaut nachlesen zu können. — Das zweite Heft ist das 14. Bändchen der „Roten Tribüne" und enthält ein Theaterstück „Warum Fritz nicht mehr am Religionsunterricht teilnimmt" sowie ein Sprechchorwerk und ein Gedicht. Diese Zusammenstellung sollte bei allen Veranstaltungen gegen die Kulturreaktion auf dem Programm stehen, da in knappen, verständlichen Worten gesagt wird, was den Arbeitern und ihren Kindern von der Reaktion im Pfaffenrock droht.

Wirtschaftliche Rundschau

Der Wucher mit Gefrierfleisch

Ein Bericht des Enqueteausschusses

Der Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft, der sogenannte Enquete-Ausschuß, der schon seit über einem Jahr arbeitet, teilt die Ergebnisse seiner Arbeit nur tropfenweise der Oeffentlichkeit mit.

Nun erscheint, gerade recht zu den heute stattfindenden Wahlen in der Berliner Konsum-Genossenschaft eine Sonderveröffentlichung des 2. Untersuchungsausschusses für Landwirtschaft über die Auswirkung der Gefrierfleischkontingentierung auf die Preisbildung des Gefrierfleisches.

Dieser Bericht, der nur einen ganz kleinen Ausschnitt aus den Feststellungen des Enquete-Ausschusses umfaßt, und der selbst nur 40 Seiten stark ist, enthält trotz seiner Kürze ein geradezu erschütterndes Material über den schamlosen Wucher, der mit dem Preise von Gefrierfleisch auf Grund der Zollgesetzgebung des Bürgerblocks in Deutschland ungestört getrieben werden darf. Die Feststellungen dieses Berichts sind um so aufreizender, als es sich bei dem Enquete-Ausschuß, der sie veröffentlicht, ja um eine Körperschaft handelt, die keineswegs „destruktiven" Plänen huldigt, die keineswegs von Kommunisten beherrscht wird — die 2 Kommunisten im Enquete-Ausschuß sind unter seinen 60 Mitgliedern eine verschwindende Minderheit; sie sind insbesondere im Landwirtschaftsausschuß nicht vertreten —, sondern um eine Körperschaft, die von Unternehmern, bürgerlichen Wissenschaftlern, reformistischen Gewerkschaftsvertretern, ausschlaggebend beeinflußt wird. Beim Gefrierfleisch handelt es sich um ein Nahrungsmittel, das gerade für die ärmeren Schichten der Bevölkerung von um so größerer Bedeutung ist, als der Preiswucher mit frischem Fleisch ihnen dieses immer weniger zugänglich macht. Selbst in der Zeit der Hochkonjunktur, im 3. Vierteljahr 1927, stand nach dem Jahresbericht der Reichskredit-Gesellschaft der Fleischverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung noch unter dem des Jahres 1913 und sogar tiefer als im ersten Vierteljahre 1927. In Zeiten der Arbeitslosigkeit gar drängt der Verbrauch mehr und mehr zum Gefrierfleisch hin, aber gerade in einer solchen Zeit der Massenarbeitslosigkeit wurde, wie der Enquete-Bericht feststellt, die Gesetzgebung durchgeführt, die den Gefrierfleischwucher in Deutschland erst möglich gemacht hat.

Die Bürgerblockregierung als Geburtshelferin des Gefrierfleisch-

Das Gefrierfleisch, das vor allem aus Argentinien stammt und im Preise sehr viel niedriger steht als die Schweine der deutschen Junker und Großbauern, sollte als 1925 der Hochschutzzoll auf Agrarprodukte nach dem Willen der Junker und mit Hilfe des frommen Zentrums wieder eingeführt wurde, gleichfalls von einem Zoll betroffen werden. Aber da regten sich genau so wie heute die christlichen Gewerkschaftsführer, die um ihre Arbeiter fürchteten. Um sie beim Zentrum zu halten, setzten sie durch, daß eine bestimmte Menge (Kontingent) von Gefrierfleisch zollfrei eingeführt werden solle. Dieses Kontingent sollte unter besonderen Vorsichtsmaßregeln an die Verbraucher kommen, so daß diese billiges Fleisch kaufen könnten. Diese Maßnahmen der Gewerkschaftschristen zur Besänftigung der Arbeiterschaft war, wie alle ihre Maßnahmen, nur Sand in die Augen ihrer Schäflein.

Der Bericht des Enquete-Ausschusses zeigt in geradezu klassischer Weise, wie der Hochschutzzoll im imperialistischen Kapitalismus nicht nur Extraprofite für die bereits vorhandenen Monopole schafft, indem er ihnen Preiszuschläge in der Höhe des Zollschutzes erlaubt, sondern wie er zur Bildung neuer Monopole führt.

Der Welthandel mit Gefrierfleisch

liegt, wie das der Bericht noch einmal bestätigt, ebenso wie seine Erzeugung in den Händen von sechs großen, namentlich amerikanischen Monopolgesellschaften, von denen Armour & Co. und die Swift Packing Co. die bekanntesten sind. Diese internationalen Monopolgesellschaften beherrschen den Handel der sogenannten „ersten Hand". Schon sie streichen für sich gewaltige Monopolgewinne ein.

Als die sogenannte zweite Hand in Deutschland ist der Gefrierfleisch-Großhandel tätig. Die dritte Hand bilden die Kleinhändler. Zu den Großhändlern gehören auch die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und die Einkaufsgenossenschaften des Fleischergewerbes. Am Kleinhandel mit Gefrierfleisch sind ebenfalls die örtlichen Konsumvereine beteiligt.

Die Kontingentierung der zollfreien Einfuhr von Gefrierfleisch baut sich auf dieser Organisation des Handels in der Weise auf, daß die Kontingente den Großhändlern nach einem bestimmten Schlüssel ihrer Beteiligung an der Einfuhr überlassen werden, und daß weiter die Gemeinden die Kleinhändler mit Gefrierfleisch in mehr oder weniger, meist weniger scharfen Weise, beaufsichtigen.

Auf eine öffentliche Bewirtschaftung des Kontingents hat die Bürgerblockregierung im Interesse der Privatbetätigung des Handels von vornherein verzichtet. Sie wähnte, daß die freie Konkurrenz unter den Großhändlern schon die Preise niedrig halten werde. Doch die in der Mauer des allgemeinen Zollschutzes gelassene kleine Lücke wurde gerade der Weg, auf dem der Großhandel unter sich die freie Konkurrenz ausschaltete und sich zu neuen Monopolen zusammenschloß.

Die freie Konkurrenz der Großhändler würde vielleicht dann möglich gewesen sein, wenn ein Ueberfluß an Gefrierfleisch in Deutschland vorhanden gewesen wäre. Zwar hatten die Großhändler, als der Schutzzoll drohte, noch größere Mengen Gefrierfleisches schnell eingeführt, aber diese waren bald verzehrt. Dann setzte die Beschränkung des Kontingents ein — gerade zu einer Zeit wachsender Arbeitslosigkeit und steigenden Gefrierfleischverbrauches. So ist die Gefrierfleischeinfuhr nach Deutschland von etwa 4500 Tonnen im Januar 1913 bis auf rund 43 000 Tonnen im März 1925 gestiegen, um dann, als der Zollschutz einsetzte, bis auf unter 25 000 Tonnen im Februar 1926 zu fallen. Fallende Einfuhr bei steigender Nachfrage nach Gefrierfleisch wurde zur Grundlage für den Preiswucher mit ihm, wobei die Einfuhrsenkung durch das Kontingent herbeigeführt wurde. Die Regierung, um den Fleischwucher der deutschen Junker und Großbauern zu ermöglichen, beschränkte die Gefrierfleischeinfuhr auf 120 000 Tonnen im Jahr — viel zu wenig für den Bedarf. So kam es, daß schon 1926 neben dem zollfreien Gefrierfleisch 2000 Tonnen verzolltes Gefrierfleisch eingeführt wurde, obwohl auf der Tonne der ungeheure Zoll von 450 Mark lastet. Der Monopolwucher war so lohnend, daß die Herren Großhändler es riskieren konnten, sogar Fleisch mit solch unerhörter Zollbelastung einzuführen.

Die Großhändler, einmal von der Regierung in den Besitz des Kontingentes gesetzt, von dem sie wußten, daß es von ihr im Interesse der Junker weit unter dem Bedarf der Bevölkerung gehalten würde, machten es zum Fundament ihrer Monopolstellung.

14 Millionen Mark Wuchergewinne

Die Großhandelsspanne

Bezeichnend für den schamlosen Wucher der Großhändler mit dem Gefrierfleisch ist der vom Enquete-Ausschuß des näheren erörterte Unterschied zwischen den Einfuhrpreisen und den Großhandelspreisen. Schon der Einfuhrpreis ist bereis ein Monopolpreis. Aber die deutschen Großhändler, gestützt auf das ihnen von der Zollgesetzgebung und den Verordnungen der Bürgerblockregierung verliehene Kontingent, bringen es fertig, diese internationalen Monopolpreise noch zu überbieten. Der Bericht stellt fest:

„daß die Spanne zwischen Importpreis und Großhandelspreis, d. h. die den Kontingentinhabern zufallende Preisspanne, sich im Verlauf der Kontingentierungszeit ungemein stark vergrößert hat. Diese Preisspanne betrug beispielsweise in Hamburg in der zweiten Hälfte des Jahres 1926 und in der ersten Hälfte des Jahres 1927 etwa 12 Pfennig zum Teil sogar bis zu 18 Pfennig je Pfund, während sie in der Periode vor der Kontingentierung etwa 4 bis 6 Pfennige betragen hatte . . . Das gleiche gilt von Berlin und Köln, wo ebenfalls im Verlaufe der Kontingentierungsperiode die Preisspanne des Großhandels sich verdreifacht, zum Teil vervierfacht hat, und wo sie ebenfalls in dem Zeitraum von Mai 1926 bis Juni 1927 durchschnittlich um etwa 10 Pfennig je Pfund höher ging als in der Periode vor der Kontingentierung."

Erst als die Untersuchung des Enquete-Ausschusses einsetzte, ist diese Preisspanne des Großhandels ein wenig zurückgegangen.

Die Großhändler haben sich in ihren Vernehmungen vor dem Ausschuß wegen dieser Preisspanne damit herausgeredet, daß sie nur ihren „Unkosten" entspräche. In diesem Fall ist der Ausschuß, dem sonst die Selbstkostenberechnungen der Kapitalisten ein peinlich zu schützendes Geheimnis sind, den Großhändlerbehauptungen nachgegangen. Er hat für einige Städte, darunter auch für Berlin, die Selbstkostenberechnungen als schwindelhaft entlarvt. So gibt der Großhandel seine Gesamtunkosten, Warenspesen und Handelsunkosten, auf insgesamt 20,31 Pfennig je Kilogramm an. Nach den Ermittlungen des Enquete-Ausschusses betragen sie nur 11,71 bis 12,37 Pfennig.

„Um welche Summen es sich (bei diesen Pfennigbeträgen. Die Red.) in volkswirtschaftlicher Hinsicht handelt, läßt sich durch eine einfache Rechnung veranschaulichen. Das gesamte deutsche Kontingent beträgt jährlich 120 000 Tonnen. Von diesem Kontingent dürften höchstens 15 Prozent durch solche Stellen verteilt worden sein, bei denen ein Uebergewinn zuungunsten der Verbraucher nicht in Frage kommt. Rechnet man den Monopolgewinn auf die restlichen 85 Prozent des Kontingents um, so würde den übrigen Kontingentinhabern bei einem Uebergewinn von durchschnittlich 7 Pfennig je Pfund in den 12 Monaten seit 1926 bis April 1927 ein Monopolgewinn von etwa 14 Millionen Mark auf Grund ihrer Verfügung über das Kontigent zugeflossen sein." (Im Bericht unterstrichen.)

Dieses Zeugnis stellt der Enquete-Ausschuß, der die großkapitalistische Wirtschaft erforscht, ihr und ihrer Bürgerblockregierung aus.

Monopol zeugt Monopol

Mit dem bestehenden Monopol, dessen Geburtshelferin die Zollpolitik der Bürgerblockregierung gewesen ist, begnügen sich die Großhändler nicht, sie bauen es aus. Monopol zeugt Monopol.

Der Wucherprofit der Großhändler ist eine Monopolrente. Diese bekommt nach dem allgemeinen kapitalistischen Gesetz, daß jede regelmäßig fließende Geldsumme kapitalisiert wird, ihren „Monopolwert". Der Enquete-Ausschuß hat bei seiner Untersuchung festgestellt, daß die Kontingentscheine, die die Regierung den Händlern ausstellt, verkauft werden, daß sie von einem Großhändler dem anderen gegen bestimmte Vergütungen übertragen werden. Ein schwunghafter Handel mit Kontingenten hat eingesetzt. Die größeren und stärkeren, die kapitalkräftigeren Großhändler bemächtigten sich durch Aufkauf von Kontingentscheinen, der allerdings verboten ist, und durch mancherlei andere im Bericht näher dargestellten Praktiken, der Kontingente der kleineren unter ihnen. Es bilden sich innerhalb des Monopols der Gefrierfleischhändler Sondermonopole der Großen.

Die Sache geht noch weiter. Die derartig mehr und mehr den gesamten Gefrierfleischhandel beherrschenden größeren Händler verbinden sich mit den Importeuren, der sogenannten „ersten Hand", die zum Teil auch im Besitz von Kontingentscheinen sind. Zugleich versuchen diese sich zusammenschließenden Importeure und Großhändler sich des Kleinhandels zu bemächtigen. Er bilden sich dank der ihnen von der Bürgerblockregierung gewährten Monopole regelrechte Trusts im Gefrierfleischhandel, die von den Pampas Argentiniens bis in die deutsche Kleinstadt reichen:

„Die letzte Vollendung der auf der Monopolmacht des Kontingents beruhenden „vertikalen Vertrustung" im Gefrierfleisch besteht dann darin, daß das Gefrierfleisch auf seinem ganzen Wege vom Weltmarkt bis zum Labentisch in der Hand eines einzigen Familienkonzerns bleibt, wobei also beispielsweise der im Rhein- und Ruhrgebiet wohnende Kontingentinhaber das Gefrierfleisch lediglich von einer in Belgien oder in Holland sitzenden Gesellschaft kauft, deren Inhaber zu ihm in näherer verwandtschaftlicher Beziehung steht, und es dann zum überwiegenden Teil an eine Kleinverkaufsgesellschaft abgibt, mit der er ebenfalls durch Familienbeziehung eng verbunden ist."

Die 14 Millionen Mark Wuchergewinne eines Jahres werden unter dieser Regierung der Trustbourgeoisie, deren Finanzminister vom Preisabbau zu reden gewagt hat, sich bald vervielfachen. Das Monopol herrscht.

Die Auswucherung des Kleinhandels

Das sich ausdehnende Großhändlermonopol schafft nicht nur in eigenen Kleinhandelsstellen eine Konkurrenz gegen den bestehenden Kleinhandel. Es wuchert mit seinen Monopolpreisen ihn auch regelrecht aus. Die Untersuchungen des Ausschusses zeigen, daß zwar die Spanne zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen sehr beträchtlich ist, daß aber innerhalb der Spannen das Verhältnis sich mehr und mehr zugunsten des Großhändlers umgekehrt hat.

Die Kleinhandelspreise in drei von dem Ausschuß untersuchten Städten, Hamburg, Berlin und Köln, sind durchaus verschieden. Sie stehen in Hamburg auf etwa 60 Pf. je Pfund, in Köln auf etwa 73 Pf. In Berlin sind sie bis auf über 80 Pf. heraufgeklettert. Dieser Unterschied in den Kleinhandelspreisen liegt darin, daß in Berlin, wo Sozialdemokraten im Magistrat herrschen, die Gemeindekontrolle über den Kleinhandel völlig versagt, und auch die Konsumgenossenschaft auf jede Preisregulierung zugunsten der Arbeiterbevölkerung kampflos verzichtet.

Die Hamburger „Produktion"

dagegen hat in ihrem Verteilungsgebiet über ein Drittel des Gefrierfleischhandels an sich gebracht. So ist sie in der Lage, den Kleinhandelspreis zu bestimmen. In Berlin aber hört man von einem Versuch der reformistischen Genossenschaftsleitung nach dieser Richtung hin nichts.

Ein Grund mehr, heute bei den Wahlen Vertreter der Oppositionsliste zu wählen.

Ueber die Umkehrung der Preisspanne zugunsten der Großhändler sagt der Bericht:

„Beispielsweise betrug in Berlin, im Oktober 1925, die Großhandelsspanne 5 Pfennig je Pfund, die Kleinhandelsspanne 25 Pfennig je Pfund. Während also im Oktober 1925 in Berlin die Kleinhandelsspanne fünfmal so groß war wie die Großhandelsspanne, war sie am Schluß des ersten Kontingentsjahres nur doppelt so groß, am Schluß des zweiten Kontingentsjahres etwa dreimal so groß. Eine ähnliche Verschiebung ist in Köln zu beobachten."

So bestätigt der Enquete-Ausschuß, wenn auch wider Willen, daß die Interessen der Arbeiter und kleinen Händler im Kampf gegen die Wucherpraktiken des Monopolkapitals zusammengehen.

Kein Ausweg für den Enquete-Ausschuß

Der Ausschuß, so sehr er auch dazu beigetragen hat, den Monopolwucher in dem einen Fall des Gefrierfleischhandels aufzudecken, wird sofort hilflos, wenn er Vorschläge gegen diesen Wucher macht. Hier zeigt sich seine Verbundenheit mit dem Großkapital, die sich auch in seiner Zusammensetzung ausdrückt. Nachdem er den Wucher des Großhandels festgestellt hat, stellt er als den Grundsatz seiner Abänderungsvorschläge auf, daß der Großhandel nicht entbehrt werden kann. Nur sollen die Kontingentsinhaber jetzt gesiebt werden. Alle gewohnheitsmäßigen Kontingentsscheinverkäufer, alle Kommissionäre, alle an einen einzigen Lieferanten gebundenen Firmen und alle Großimporteure sollen, nach dem Vorschlag des Ausschusses, als Kontingentsinhaber ausscheiden. Man verkleinert also den Kreis der Kontingentsbeherrscher und glaubt, auf ihre Moral vertrauend, daß sie auf ihr Monopol verzichten. Ein seltsamer Ausweg, der nur neue Voraussetzungen für noch festeren Monopolzusammenschluß schafft.

An die Grundlage dieses ganzen Monopols, den Hochschutzzoll und das Kontingent, rührt der Bericht mit keinem Wort, obwohl seine eigenen Feststellungen nur den einen Schluß zulassen:

Weg mit den Wuchерzöllen

Der Großhandel, auch wenn er wuchert, muß geschützt werden. Man will ihn bestenfalls durch Vorschreiben von Richtpreisen, die von den Gemeinden kontrolliert werden, in Schranken halten. Aber schon gegenüber dem Kleinhandel hat diese Gemeindekontrolle versagt, wieviel mehr gegenüber dem kapitalstarken Großhandel.

Darum sind auch alle Vorschläge, die auf eine Ausschaltung des Großhandels hinauslaufen, abgelehnt worden.

Abgelehnt wurden, damit das Trustkapital geschützt bleibe, die Kommunalisierung des Großhandels mit Gefrierfleisch. Abgelehnt wurde die zentrale Bewirtschaftung des Kontingents durch die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine und die Fleischeinfuhrgesellschaft der Fleischergenossenschaften.

So wenig diese Maßnahmen mit Sozialismus zu tun haben, so ist es klar, daß die Uebertragung des Gefrierfleischhandels auf die Konsumgenossenschaften bei gleichzeitiger Aufhebung des Zolls durchaus im Interesse der Verbraucher liegen. Darum darf mit der Ablehnung solcher Vorschläge im Enquete-Ausschuß die Sache für die Werktätigen nicht zu Ende sein. Die Großeinkaufsgesellschaft freilich glaubt ihre Pflichten bereits damit erfüllt zu haben, daß sie selbst neben dem privaten Großhandel am Kontingent beteiligt ist. Sie begnügt sich mit dieser „Arbeitsgemeinschaft", statt daß sie auch nur einen Versuch macht, ihre Mitgliedermasse dafür zu mobilisieren, daß ihr der ausschließliche Vertrieb einer Ware übertragen wird, deren Käufer allein die breiten Massen sind. Die Berliner reformistische Leitung der Konsumgenossenschaft hat, wie der Ausschußbericht zeigt, auf jede Beeinflussung der Kleinhandelspreise verzichtet.

Der Druck auf die Leitungen der Konsumgenossenschaften muß von unten kommen. Im Kampf gegen den Monopolwucher, den der Enquete-Ausschuß auf Grund amtlichen Materials in diesem einen Fall gekennzeichnet hat, im Kampf um die Preisverbilligung muß heute jede Stimme bei den Genossenschaftswahlen der Liste der Opposition gehören.

E. Ludwig.

Landeskonferenz der Erwerbslosen Schlesiens

81 Delegierte anwesend — Guter Verlauf der Tagung

Am Sonnabendnachmittag traten im Lokal von Klenner auf der Kreuzstraße die Delegierten der schlesischen Erwerbslosen zur Landeskonferenz zusammen.

*

Als nach 2 Uhr Kollege Schorstein für den Landesausschuß die Konferenz eröffnet, sind bereits 70 Delegierte aus der gesamten Provinz, ja sogar aus Oberschlesien anwesend. Der Redner weist auf die ernste Situation hin, die auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge besteht und ermahnt die Delegierten, mit aller Kraft für die Erwerbslosenbewegung, die durch die Konferenz einen neuen Anstoß erhalten soll, zu arbeiten.

Die Präsidiumwahl geht ziemlich schnell vonstatten. Die Kollegen Kaffanke-Breslau und Hauffa-Sagan übernehmen die Leitung.

Das erste Referat hält Kollege Hausen. In gründlicher Weise geht er auf die wirtschaftliche Lage in Deutschland und die Aussichten für die Erwerbslosen ein. Er beschäftigt sich vor allem mit der Rationalisierung und ihren Auswirkungen. Seine Ausführungen werden mit starkem Beifall aufgenommen. Die Konferenz beschließt, eine Diskussion nicht stattfinden zu lassen, um den Eindruck des Referats nicht zu verwischen.

Zweiter Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Landesausschusses. Der Berichterstatter, Kollege Schorstein-Breslau, macht einige kurze Angaben über die Tätigkeit in der seit der letzten Konferenz (November 1926) verflossenen Zeit. Kollege Zylla-Breslau berichtet über die Zeitung „Der Erwerbslose". Nach einer flauen Sommerzeit hat sie mit dem Spätherbst wieder eine bedeutende Vorwärtsbewegung genommen.

Die anschließende Diskussion ist äußerst reichhaltig. Es werden zum Teil sehr wichtige Vorschläge gemacht. Nachdem bereits vierzehn Redner gesprochen haben, wird die Aussprache der vorgerückten Zeit wegen abgebrochen. Kurze Schlußworte der beiden Berichterstatter beenden den ersten Tag der bis dahin sehr gut verlaufenen schlesischen Landeserwerbslosenkonferenz.

*

Am Sonntag wurde die Konferenz um 9 Uhr eröffnet. Die Delegierten aus den einzelnen Orten berichteten aus ihren Erfahrungen. Dann wird der Bericht der Mandats-Prüfungskommission gegeben. Danach gehören 48 Delegierte der Kommunistischen Partei, 11 der Sozialdemokratischen Partei, einer den Syndikalisten an und 21 sind parteilos. Von den Delegierten sind 53 freigewerkschaftlich organisiert und 27 gewerkschaftlich unorganisiert. Von den 11 Sozialdemokraten sind 4 und von den Kommunisten 13 unorganisiert, d. h. der Prozentsatz der gewerkschaftlich unorganisierten Sozialdemokraten ist größer als der der Kommunisten. Von den Parteilosen gehören nur 9 der Gewerkschaft an.

Nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des oberschlesischen Bezirksausschusses der Erwerbslosen, Kollegen Czech, der u. a. einige gute Winke zu der Arbeit unter den Zentrumsarbeitern gibt und auf die Notwendigkeit der Vorbereitung der proletarischen Revolution hinweist, wird das Referat des Genossen Köhler-Berlin über das mit Hilfe der Sozialdemokratie zustandegekommene Erwerbslosenversicherungsgesetz entgegengenommen. An das Referat schließt sich eine interessante Fragestellung an. Im Schlußwort werden die Fragen von Genossen Köhler beantwortet.

Nach einer kurzen Mittagspause wird über die vorliegenden Anträge abgestimmt. Die Mehrzahl der Anträge enthält Forderungen, die in der nächsten Zeit zum Teil im Reichstag, zum Teil in den einzelnen Kommunen durchgedrückt werden sollen. Mehrere Anträge fordern die Einberufung einer Reichserwerbslosenkonferenz, um dadurch die Kraft der Erwerbslosen im Reichsmaßstab zusammenzufassen und gegen den Bürgerblock führen zu können. Ein Antrag schlägt vor, aus Anlaß der infolge des Ablaufens der Uebergangsbestimmungen zu erwartenden Verschlechterungen Demonstrationen in allen Orten Deutschlands zu veranstalten. Ein weiterer Antrag umriß die organisatorischen Richtlinien für die kommende Arbeit in Schlesien. Besondere Beachtung verdient ein Antrag, der alle Erwerbslosen, insbesondere die gewerkschaftlich unorganisierten Delegierten, zum Eintritt in die Freien Gewerkschaften auffordert und zugleich von den Gewerkschaftsführern verlangt, daß den Erwerbslosen der Eintritt auch ermöglicht wird.

Die Fülle der Anträge und die Einmütigkeit, mit der sie angenommen wurden, zeigten, daß die Erwerbslosen kampfentschlossen sind.

Anschließend an die Erledigung der Anträge geht es zu den Wahlen des Landesausschusses, des erweiterten Ausschusses und der Revisoren. Die einzelnen Körperschaften und Kollegen werden einstimmig gewählt.

Nach einer kurzen anfeuernden Ansprache des Genossen Köhler wird die Konferenz mit dem spontanen Gesang der Internationale geschlossen.

Starke Inanspruchnahme des Obdachlosenasyls

Das Asyl für Obdachlose ist die letzte Zuflucht aller jener, die nicht mehr ein noch aus wissen. Deren Zahl ist in dem letzten Jahre bedeutend gestiegen. Während 1925/26 56 908 Uebernachtungen im Asyl und in den Arbeitsanstalten 11 838 zu verzeichnen waren, stieg die erstere Zahl im Jahre 1926/27 (April bis März) auf 87 454. Die höchste Monatsziffer hatte das Asyl im Januar mit 10 675 Uebernachtungen, die niedrigste im warmen Juli mit 4347.

Zwölf Pfennige Stundenlohn

Wir haben uns wiederholt mit den Lohnverhältnissen und Arbeitsbedingungen in den Arbeitsanstalten Niedergasse beschäftigt. Heute liegt uns eine Zuweisung des Wohlfahrtsamtes der Stadt Breslau vor, in der ein Arbeiter für die Dauer von vier Wochen zum Richtpreis von monatlich 24 Mark an die Arbeitsanstalt überwiesen wird. Da die Arbeitszeit der Anstalt acht Stunden beträgt, wird dem Arbeiter zugemutet, für einen Stundenlohn von zwölf Pfennig zu arbeiten, obwohl er keinerlei Unterstützung erhält. Wir haben diese unerhörte Ausnutzung und Ausbeutung der Not Erwerbsloser durch die Anstalt in der Niedergasse bereits einmal angeprangert. Die städtischen Behörden haben geschwiegen. Wir fragen: Wie lange will das Wohlfahrtsamt diesen Skandal dulden?

Forderungen der Breslauer erwerbslosen Kriegsbeschädigten und Erwerbsbeschränkten

Eine vor kurzem in dem Restaurant „Zum Lessing" abgehaltene Versammlung der erwerbslosen Kriegs- und Arbeitsopfer beschäftigte sich mit den zum Teil seit November v. J. aufgestellten Forderungen an den Breslauer Magistrat. Das Referat hielt auf Wunsch der Kollege Kiewetz vom Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, und erläuterte sachlich folgende Programmpunkte der Forderungen:

1. Wir fordern schärfste Anwendung des Schwerbeschädigtengesetzes sowie keine Nachgiebigkeit den Arbeitern und Behörden gegenüber. Konsequente Anwendung der Strafbestimmungen gegenüber den Arbeitgebern, die seine Durchführung erschweren oder unmöglich machen.

2. Bei Vermittlung von Arbeitsplätzen die Gebrechen der Schwerverletzten entsprechend zu berücksichtigen, und deren Existenzmöglichkeit zu sichern.

3. Kontrolle sämtlicher Betriebe, um festzustellen, ob die Möglichkeit besteht, noch Schwerbeschädigte unterzubringen.

4. Die Hinzuziehung von Fachleuten zu der Schwerbeschädigtenvermittlung (ähnlich der Einrichtung des Berufsamtes), um die Eignung der Schwerbeschädigten für die Arbeitsplätze festzustellen, und, soweit sich Schwerbeschädigte für zu besetzende Stellen nicht eignen, Leichtbeschädigte zu vermitteln.

5. Kein Gebrauch von in Akten verzeichneten Vorgängen, die über ein Jahr zurückliegen und geeignet sind, die soziale Lage des Beschuldigten zu verschlechtern.

6. Die Einkommensgrenze für den Bezug von Zusatzunterstützung (einschließlich Erwerbslosenunterstützung) beträgt pro Woche 40 Mark für Kriegsbeschädigte und Erwerbsbeschränkte. Nur über diesem Satz liegende Beträge dürfen in Anrechnung gebracht werden.

7. Neunzig- und hundertprozentige Kriegsbeschädigte sind nach Möglichkeit mit ausreichender Versorgung aus dem Produktionsprozeß zu ziehen und an deren Stelle unmittelbar unter diesem Beerblicken, sollen davon nicht betroffen werden.
schädigungsgrad liegende erwerbslose Kriegsbeschädigte zu setzen. Blinde, die an ihrer Tätigkeit hängen, und darin Lebensinhalt

8. In bezug auf soziale Fürsorge fordern wir Gleichstellung mit den Kleinrentnern und ihnen gleichgestellten Personengruppen.

9. Die Beamten und Angestellten der Fürsorge sind anzuweisen, uns richtige Auskunft zu erteilen, damit unnötige Wege und Gänge vermieden werden sowie uns eine anständige Behandlung zuteil werden zu lassen.

10. Alle 80-Prozent-Beschädigten, welche noch stempeln gehen, sind von der Stempelpflicht zu befreien.

Immer wieder die Kirchensteuer. Ein Genosse, der 1926 aus der Kirche ausgeschieden, erhielt für die Zeit von April 1927 bis 31. März 1928 einen Kirchensteuerbescheid vom Finanzamt Breslau-Mitte, obwohl er bereits im vorigen Jahre dem Beamten die Austrittsbescheinigung vorgelegt hatte. Solche Beschwerden erhalten wir fast jede Woche. Die unerhörten Belästigungen proletarischer Dissidenten durch die Kirchen und Steuerbehörden sind zu einer wahren Landplage geworden und es ist notwendig, daß alle Proletarier, die in derartiger Weise dauernd behelligt werden, den Kirchenbehörden gehörig Bescheid sagen.

Schwerbeschädigte und Arbeitgeber. Das Städtische Wohlfahrtsamt, Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene, schreibt uns: Bis zum 29. Februar 1928 haben nach öffentlicher Bekanntmachung im heutigen Anzeigenteil private Arbeitgeber, die mehr als 15 Arbeitnehmer beschäftigen, der Kriegsverletztenfürsorge, Ritterplatz 1, 1. Stock, Zimmer 11, auf vorgeschriebenem Fragebogen die Zahl ihrer gesamten Arbeitnehmer anzuzeigen. Mehrere Betriebe des gleichen Arbeitgebers sind zusammenzurechnen. Gegen Arbeitgeber, die dieser Verpflichtung nicht pünktlich nachkommen, wird die Verhängung einer Geldbuße beantragt.

Zur Schulgelderhebung. Vom 15. Februar 1928 ab erfolgt die Veranlagung zur Schulgeldzahlung für das Schuljahr 1928. Eltern, die im Jahre 1927 umgezogen sind, werden gebeten, die neue Wohnung umgehend — spätestens bis Ende Februar 1928 — dem Magistratsbüro IV, An der Magdalenenkirche 10, 3. Stock, Zimmer 21, anzugeben. Erfolgt die Meldung nicht, so ist zu befürchten, daß das Schulgeld weiterhin zur bisherigen Steuerkasse gezahlt werden muß und den Eltern unnötig weite Wege entstehen.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele. Pat und Patachon. Diese Woche rollt wieder einer der beliebten Pat- und Patachon-Filme über die Leinwand. Diesmal erscheinen die beiden komischen Helden als Millionäre. Sie sind zwar keine, werden aber von einem intelligenten Rechtsanwalt, der seine Heimatstadt zu einem Weltbadeorte machen möchte, einfach zu amerikanischen Millionenerben gemacht. Der Erfolg bleibt natürlich nicht aus, bloß den beiden lustigen Vagabunden geht es nicht gut, da sie von der holden Weiblichkeit als besonders anziehende Heiratsobjekte betrachtet werden und ihres Lebens nicht mehr froh werden können. Zum Schluß löst sich jedoch alles wieder in Wohlgefallen auf. Wie immer, so auch diesmal, erzeugten Pat und Patachon große Heiterkeit. Einleitend wurde nochmals der Film der Arbeiter-Olympiade „Die neue Großmacht" gezeigt, der einen Eindruck von dem großen Arbeiter-Sportler-Aufmarsch vermittelt. —tel.

Mittelschlesien

Ohlau. Verschiedenes. In der letzten Gemeindevertretersitzung in Marschwitz stimmten sieben Gemeindevertreter gegen die Eingemeindung der Gutsbezirke und fünf dafür. Ein Bauer, mit dessen Namen wir bei Gelegenheit dienen werden, bezeichnete die Proleten als „Bande". Die Landarbeiter werden sich das merken müssen.

Dem Gutsbesitzer von Eicke in Marschwitz liegen offenbar die Kommunisten schwer im Magen. Als sich zehn Landarbeiter zur letzten Rote-Hilfe-Versammlung nach Ohlau begaben, begegneten sie unterwegs dem nicht abgeblendeten Auto dieses Gutsbesitzers. Die Arbeiter riefen den Autoführer, um dessen Namen festzustellen. Am anderen Tage stellte Eicke einen der Kollegen zur Rede: „Na, Ihr habt mich gestern angeblökt, Ihr seid wohl zu den Kommunisten in die Versammlung gegangen?" Da der Kollege keinen Anlaß hatte, das abzustreiten, geriet der Herr Gutsbesitzer erst recht in die Wolle. So sagte er: „Mit den Sozialdemokraten könne man noch verhandeln, aber die Kommunisten, die möchten am liebsten den Gutsbesitzern den Hals durchschneiden!" — Na, Herr v. Eicke, Ihr Hals scheint sehr empfindlich zu sein! Schützen Sie ihn nur recht gut!

Münsterberg. Gründung eines Erwerbslosenausschusses. Endlich haben sich auch die Erwerbslosen in Münsterberg zusammengeschlossen, um ihre Interessen zu vertreten. Sie haben einen Erwerbslosenausschuß gewählt. Dieser wird seine Aufgaben jedoch nur erfüllen können, wenn er von allen Erwerbslosen in seiner Arbeit unterstützt wird. Gegen schikanöse Auslegungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, gegen die Wartebestimmungen für Saisonarbeiter, für Unterstützung aller Arbeitslosen bis zur Wiedererlangung von Arbeit, für Erhöhung der Unterstützungssätze, gegen die Verleumdungen der Erwerbslosen wird der Ausschuß kämpfen. — In der letzten Erwerbslosenversammlung waren auch kleine Gewerbetreibende anwesend. Ein Vertreter des Friseurgewerbes gab die Erklärung, daß die Preise für Haarschneiden bei Erwerbslosen auf 25 Pfennig und für Rasieren auf 10 Pfennig festgesetzt worden seien.

Unverständlich ist aber das Bestreben des Kinobesitzers des Lichtspieltheaters Kaiser-Lichtspiele. In der „Münsterberger Zeitung" vom 4. 2. 1928 erklärte er, daß der Eintritt für Erwerbslose nur Sonntags zwischen 4 und 7 Uhr erfolgen kann, während er den Besuch ohne Zeitangabe zum Preise von 30 Pf. jederzeit gestattet. Die Arbeitslosen fühlen sich durch dieses Verhalten provoziert und werden, wenn sie in Arbeit stehen, die Kaiser-Lichtspiele entsprechend berücksichtigen.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau.
Stadtteil III (West). Dienstag 20 Uhr Gesamtfunktionärsitzung sowie RFB.-Funktionäre (4. Abt.) bei Pawletta, Schweitzer Str. 3.

Kommunistischer Jugendverband

Görlitz. Montag 20 Uhr Grundwissenkursus im Heim Jüdenring. Anschließend Funktionärsitzung.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau.
— Abt. I. Montag 20 Uhr Kameradschaftsabend, „Eisenbahn", Brüderstraße 79.
— Abt. 4. Heut fallen Zugabende aus. Alle Parteigenossen im RFB. erscheinen im Lessing.
— RFMB. Dienstag 20 Uhr bei Ueberschär, Weißenburger Platz, Versammlung. Kursus geht weiter.
Münsterberg. Mittwoch 19 Uhr Mitgliederversammlung im Wintergarten.

Sonstige Organisationen

Breslau
— Ost. Rote Hilfe. Dienstag 20 Uhr Mitgliederversammlung in der „Eisenbahn", Brüderstr. 79.
— Freie Elternvereinigung. Dienstag 20 Uhr, Gewerkschaftshaus, Generalversammlung.
Nieder-Salzbrunn. Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung. Montag 19,30 Uhr Gründungsversammlung, Gasth. z. Viehkrug.

Streik in den „Neuesten Nachrichten"

150 Arbeiter fristlos entlassen

Die Abonnenten der „Breslauer Neuesten Nachrichten" erhielten am gestrigen Sonntag statt einer Zeitung einen Handzettel mit folgendem Wortlaut:

An unsere Leser!

Am Sonnabendmittag haben die Hand- und Maschinensetzer unseres Betriebes die Arbeit niedergelegt. Versuche der Vertreter der Gehilfenorganisation, das Personal zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen, haben keinen Erfolg gehabt. Eine Verhandlung vor dem Schiedsamt ist sofort eingeleitet worden.

Unsere Bemühungen, die Zeitung wenigstens in beschränktem Umfange erscheinen zu lassen, scheiterten daran, daß auch die Drucker und ein Teil des übrigen technischen Personals in letzter Minute die Arbeit verweigerten.

Weshalb diese plötzliche Arbeitsniederlegung? Weshalb dieses bewunderungswürdige Zusammenhalten der Drucker und des übrigen technischen Personals mit den Setzern? Was verschweigen die „Neuesten Nachrichten" ihren Lesern? Weshalb sagen sie keinen Ton über die Ursachen des Konflikts?

In der letzten Zeit sind in dem Betrieb der „Neuesten Nachrichten" verschiedene Um- und Neubauten vorgenommen worden, die den Besitzern eine weitere Steigerung des gewiß nicht geringen Profits ermöglichen. Niemand dachte natürlich daran, von den erhöhten Profiten auch an die Arbeiter und Angestellten etwas abzugeben. So mußten denn die Arbeiter die Sache selbst in die Hand nehmen. Am Sonnabendvormittag traten die Setzer zusammen und beschlossen, durch den Betriebsrat eine sofortige Lohnzulage zu fordern. Obwohl sie sehr bescheiden waren und nur 4 Mark wöchentlich mehr haben wollten, lehnte Herr Tugendhat ab, ohne zu bedenken, daß er dadurch die fetten Einnahmen hauptsächlich von den vielen in der Sonnabendnummer erscheinenden Inseraten in Frage stellte. Und da geschah etwas, womit Herr Tugendhat nicht gerechnet hatte: **die Hand- und Maschinensetzer stellten die Arbeit ein.** Wohl versuchte die Betriebsleitung, wenigstens eine kleine Zeitung herauszugeben, indem sie den bereits fertigen, für 12 Seiten langenden Satz zusammenstellen und die Platten in die Rotation schaffen ließ. Aber auch die Rotationsarbeiter verweigerten die Arbeit. Selbst das Personal der Expedition und die Expreßboten erklärten sich mit den streikenden Setzern solidarisch und stellten die Arbeit ein. Herr Tugendhat verlor völlig den Kopf. Er hatte nur einen Gedanken: Fristlos entlassen! Das hat er auch gemacht, — nachdem er sich bei dem Betriebsrat erkundigt hatte, welchen Paragraphen er als Entlassungsgrund angeben sollte.

Die Verbandsleitung ist von dem spontanen Streik völlig überrascht. Aber die Streikenden selbst sind guten Mutes. Sie hatten sich heute früh im Gewerkschaftshaus versammelt und sind geschlossen nach dem Arbeitsamt gezogen. Herr Tugendhat wird es gewiß nicht leicht haben, die Zeitung allein herzustellen. Er hat die Wahl: entweder verzichtet er auf die Gewinne aus der Zeitung, oder er bewilligt die sehr bescheidene Forderung der Setzer.

Der spontane Streik in den „Neuesten Nachrichten" muß für die Druckarbeiter in den anderen Betrieben und für die Arbeiter aller anderen Berufe ein Grund sein, den Kampf um sofortige ausreichende Erhöhung ihrer Löhne mit verstärkter Energie aufzunehmen.

Waldenburger Bergland

Die Lohn„erhöhung" auf der Friedenshoffnunggrube

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Der „schwarze Sonntag", wo auf der Revierkonferenz 112 Delegierte gegen den Streik stimmten, beginnt sich auszuwirken. Diejenigen, die damals behaupteten, es komme durch den Schiedsspruch nichts heraus, also die sogenannten Schwarzseher, haben sich noch getäuscht, die Dinge liegen noch schlimmer als sie angenommen haben. Wir hatten im Monat Januar Oertlichkeiten mit einem Schichtverdienst von 8,00 Mark. Der niedrigste Lohn des Zimmerhauers betrug damals 6,18 Mark. Danach haben wir zwei Lohnerhöhungen gehabt. Wie steht es nun? Der Bestverdiener hat 6,90 Mark, der Zimmerhauer 6,05 Mark. Der im Tarifvertrag vorgesehene Durchschnittslohn von 6,40 Mark ist in der Abteilung um nicht einen Pfennig überstiegen. Wir hatten ein Jahr zuvor einen Durchschnittslohn von 6,88 Mark, und nun,

nach zwei Lohnerhöhungen, 44 Pfennige weniger.

Nach den jetzt vorliegenden Berichten der einzelnen Abteilungen werden am 15. Februar zum Lohntag 80 Prozent mit Rest nach Hause gehen und die übrigen 20 Prozent werden einen Lohn erhalten, der im Höchstfalle zur Deckung der Miete langt. Unter der Belegschaft ist eine Verzweiflungsstimmung. Die Kameraden, ganz gleich, welcher politischen Richtung, erklären, daß dies wohl die größte Niederlage ist, die die Arbeiterschaft bei einer Lohnforderung erlitten hat. Hoffmann und Genossen wollen trotzdem noch von einem Erfolge sprechen. Die Zahlstellenversammlungen in der letzten Zeit werden sie ja eines Besseren belehrt haben, wo alle einstimmig erklärten, daß nach Ablauf des Ueberarbeitszeitabkommens im April dahingehend zu wirken ist, daß eine Einigung nur angestrebt werden darf, wenn sich die Unternehmer zu einer zwischentariflichen Lohnregelung bereitfinden. Kameraden, wenn Ihr wieder so leichtgläubig seid und dem Verbandsvorstand Handlungsfreiheit gebt, dann sind wir wieder die Geschädigten. Deshalb, Kameraden, es werden in einigen Wochen Zahlstellenversammlungen stattfinden, wo Stellung zum Verbandstage genommen werden soll; stimmt dort den Anträgen zur Generalversammlung zu, die die Opposition einbringen wird, damit in der Zukunft nicht der Verbandsvorstand der Diktator ist, sondern wir als Mitglieder und der Vorstand unser ausführendes Organ ist.

*

Kameraden im Bergbau! Am 15. Februar schickt der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung" die Lohnbeutel vom Januar und Dezember! Wir werden sie veröffentlichen und so den Nachweis führen, daß die letzte Lohnerhöhung keine Lohnerhöhung war.

Groß-Waldenburg

Traute Hoelz spricht heute Montag in einer öffentlichen Versammlung der Roten Hilfe im „Weißen Roß", Altwasser, um 19 Uhr. Werktätige, die ihr die Befreiung des Genossen Max Hoelz fordert, erscheint in Massen!

Er will ins Gefängnis

Wie wir bereits am Sonnabend kurz gemeldet haben, hat ein Erwerbsloser, der von den Wohlfahrtsämtern immer wieder abgewiesen wurde, am Freitagnachmittag auf dem Ringe in Waldenburg vier Schaufensterscheiben eingeschlagen, um so bestimmt Obdach und Verpflegung zu erhalten. Der Vorfall zeigt, was die republikanische Wohlfahrtsfürsorge in Wirklichkeit wert ist. Auf den Verlauf des unzweifelhaft zu erwartenden Gerichtsverfahrens darf man gespannt sein.

Die Erwerbslosenzeitung beschlagnahmt

Wie wir bereits am Sonnabend gemeldet haben, ist am 10. Februar in Ober-Salzbrunn durch den Polizeibeamten Czibulla die Erwerbslosenzeitung beschlagnahmt worden. Bisher konnte die Zeitung in den Zahlungsstellen anstandslos verkauft werden. Ueber die Ursachen der Beschlagnahme ließ der Polizeibeamte nichts verlauten. Alle Proteste des Verkäufers blieben unberücksichtigt.

Nach dem lächerlichen Fall in Seitendorf kommt die Beschlagnahme in Salzbrunn. Haben die Waldenburger Behörden etwa eine Anweisung von höherer Stelle, jede Betätigung der Erwerbslosen zu unterbinden? Wir protestieren gegen die durch nichts gerechtfertigten Maßnahmen und fordern die sofortige Freigabe der beschlagnahmten Zeitungen!

Zum zehnjährigen Jubiläum der Roten Armee

Ein Schweidnitzer Arbeiter hat aus Tver folgenden Esperanto-Brief erhalten: „In unserer Stadt werden 500 Arbeiter in Esperanto unterrichtet. In Klubs, Gewerkschaften, Partei und der Roten Armee haben wir große Erfolge mit Esperanto... Nun eine ganz dringende Sache: Am 23. Februar feiert die Rote Armee ihr zehnjähriges Jubiläum. Jeder Werktätige in Sowjetrußland wird daran teilnehmen. Viele Auslandsorganisationen werden ebenfalls teilnehmen oder mindestens Begrüßungsschreiben absenden. Dringend gewünscht werden solche vom RFB., von einzelnen Arbeitern, Arbeitergruppen, Organisationen usw. Wenn irgend möglich, seien die Schreiben mit dem Organisationsstempel zu versehen. Ich bitte Euch dringend, in dieser Sache zu helfen. Es ist auch eines der besten Propagandamittel für Esperanto. Nur durch solchen praktischen Gebrauch von Esperanto haben wir hier große Erfolge erreicht. Nach Möglichkeit übersetze alles in Esperanto. Sendet es sofort an mich bis spätestens 19. Februar!

Denkt daran: Die Rote Armee ist der Verteidiger des einzigen Arbeiterstaates der Welt, dessen Bürger jeder Werktätige in der Welt sein soll. Also, das Fest der Roten Armee ist das Fest aller Arbeiter der Welt!"

Die Generalversammlung der freireligiösen Gemeinde Niederhermsdorf am Sonntag in der Friedenshoffnung erfreute sich eines guten Besuches. Eingangs gab der Vorsitzende einen Bericht über den Fall Hampel in Penzig. Es wurde eine Sympathieresolution verfaßt. Ein Gesinnungsfreund stellte den Antrag, daß die Gemeinheiten der angeblich so Gebildeten in die breite Oeffentlichkeit gelangen sollen und bemerkte, daß der Vorstand energische Schritte unternehmen solle, daß dies wie die „Arbeiter-Zeitung" auch die „Bergwacht" veröffentlichen solle. Ein Redner bemerkte, daß die „Bergwacht" lieber einen Bericht von der Versammlung der katholischen Jungmänner bringt. Einige Redner hielten mit der SPD. und ihrer Presse scharfe Abrechnung. Nicht ein einziger SPD.-Mann meldete sich, um all die Beschuldigungen, die gegen seine Partei und Presse erhoben wurden, zu widerlegen. Allgemeines Gelächter löste der Ausspruch eines Hermsdorfer SPD.-Genossen aus, der, als kürzlich ein SPD.-Mann, der noch Anhänger der Kirche war, beerdigt werden sollte, der Pfaffe aber nur dann zusagte, wenn keine rote Schleife im Zuge sei, erklärte, man müsse mit der Geistlichkeit beider Konfessionen ein Kompromiß abschließen, dahingehend, daß es die Pfaffen erlauben, daß die rote Schleife mitgeführt wird. Ein Gesinnungsfreund wies auf die allwöchentliche Veröffentlichung von „Kutte und Krummstab" in der „Arbeiter-Zeitung" hin, dies sei ein guter Agitationsstoff für die Freigeister. Genosse Gründel betonte, daß die SPD. der Kirche immer mehr Agitationsstoff gegen uns als Freidenker liefert. So hat bei einem Vortrage der Evangelischen der Redner erklärt, daß Hans Müller von der SPD. gesagt habe, der Sozialismus lasse sich ohne die Religion nicht verwirklichen. Nach der Neuwahl, bei der der alte Vorstand in seiner Gesamtheit wiedergewählt wurde, sind die Veranstaltungen für das neue Jahr festgelegt worden.

Oberes Revier

Verschleppungstaktik der Waldenburger Knappschaft! Ein Erwerbsloser schreibt uns: Im Oktober 1927 reichte ich an die Niederrheinische Knappschaft einen Antrag auf Knappschaftsrente ein. Darauf bekam ich ein Formular zugesandt. Dieses Formular hat der Knappschaftsarzt Dr. Markus, Gottesberg, ausgefüllt und der Knappschaft zugesandt. Darauf erhielt ich von der bezeichneten Knappschaft eine nochmalige Aufforderung, mich zwecks einer Nachuntersuchung im Knappschaftslazarett Waldenburg bei Herrn Dr. Wiesinger zu melden. Nun glaubte ich, die Sache wäre für mich erledigt, aber da erhielt ich Ende 1927 von der Knappschaft nochmals ein Schreiben, worin mir mitgeteilt wurde, daß noch ein drittes Gutachten erforderlich sei, und zu diesem Zwecke ist die Knappschaft Waldenburg aufgefordert worden, mich in einem ihrer Krankenhäuser zur Beobachtung aufzunehmen. Nun sind schon sechs Wochen vergangen, aber die Knappschaft hat mich noch nicht angefordert, trotzdem ich schon persönlich vorstellig geworden bin und ihr auch geschrieben und mich darüber beschwert habe. Ich frage hiermit an: Sind die Waldenburger Knappschaftslazarette überfüllt, dann gibt es noch andere Krankenhäuser, wo meine Beobachtung stattfinden kann! Ich hoffe, daß diese Zeilen genügen, die Knappschaft Waldenburg von ihrer Verschleppungstaktik abzubringen.

Liebau. Die Hindenburgmarke ist nun auch in Liebau angekommen. Den Vertrieb haben die Vaterländischen übernommen. Man kann eine solche Marke im Werte von 30 Pfennig für sechs Groschen erwerben. Aber, o weh, als vorläufiger Prophet steht der Herr Pastor als Verkäufer allein auf weiter Flur. Seine Hausagitation brachte schlechte Erfolge. Trotz der vielen „nationalen Belange" und „deutschem Wesen" kein guter Geschäftsgang.

— Der Stahlhelm verliert immer mehr Schäflein unter den Arbeitern. Jetzt hat wieder ein prominenter Stahlhelmer diese Organisation verlassen, der sich einmal der Illusion hingab, eine starke Arbeitnehmerschaft im Stahlhelm zu bilden. Aber die natürliche Entwicklung der Dinge, des um seine Existenz kämpfenden Proleten läßt es nicht zu, auf die Dauer ein Bündnis mit der Schicht des Bürgertums einzugehen, die bewußt und teils unbewußt an der Niederhaltung der Lebens- und Lohnbedingungen interessiert ist. Der Arbeiter darf sich durch den Stahlhelm nicht zum Hausknecht an seinen Kollegen erniedrigen.

— Ben Hur. Dieser gewaltige Film lief eine Woche lang im hiesigen Lichtspielhaus, immer vor vollem Hause. Der größte Teil der Besucher waren Arbeiter. Ben Hur, ein Stück Geschichte mit wuchtigen Abhandlungen von Spitzenleistungen in Kunst und Technik, ließ Bild um Bild vor den gespannten Augen der Besucher vorüberrollen, wobei ihnen die ungeheure Unterdrückung des Judenvolkes, dessen Kampf und Wille zur Befreiung, veranschaulicht wurde. Der Besucher erlebte mit, bis seine Gedanken durch die religiöse Utopie gestört wurden, die die kraftvolle Gestaltung des religiösen Charakters im Film in Demut, Schmerz und Liebe auflöste. Diese Handlung muß als Schwäche angesehen werden. Dafür hatte man wahrscheinlich als Entschädigung diese Teile koloriert. Der Besuch war ein lohnender und löste allgemeine Diskussionen aus.

Michelsdorf b. Liebau. Auf eine Idee ist der Amtsvorsteher der Gemeinde gekommen. Er ist Besitzer eines 300 Morgen großen Gutes und eines großen Hauses für Sommergäste. Als Unterstützung für seine leidende Schwester hat er 300 Mark von der Gemeinde angefordert. Die Gemeindevertretung, die sonst zu solchen Forderungen der Prominenten immer mit dem Kopfe nickt, hat diesmal abgelehnt.

Niederschlesien

Görlitz

Ein sauberer Vertreter der Kriegsbeschädigten.

Ein eigenartiger Vertreter der Kriegs- und Unfallbeschädigten sowie der Sozialrentner in Görlitz ist der Kaufmann Alfred Schoop, Gartenstraße 21. Dieser hat es jahrelang verstanden, die Opfer des Krieges und der Arbeit für seine persönlichen Zwecke auszunutzen. War aus den Bedauernswerten nichts mehr herauszuholen, so ging er bei den Behörden, vor denen er sie erst vertreten hatte, in der rücksichtslosesten Art und Weise gegen sie vor. Er denunzierte sie als rentenbegehrungssüchtige und arbeitsscheue Menschen, sogar Amputierte stellte er in diesem Sinne hin. Durch Beschluß des Versorgungsgerichts in Liegnitz vom 10. Dezember 1927 wurde er dieserhalb als Vertreter vor den Versorgungsbehörden abgelehnt. Wir geben hier die Begründung des Urteils wieder:

Nach Mitteilung der „Harmonie" in Görlitz vom 27. November 1927 ist der Beratungsleiter Alfred Schoop in Görlitz nicht mehr als autorisierter Vertreter der „Harmonie" anzusehen. Schoop ist daher auch nicht mehr als Vertreter gemeinnütziger Rechtsauskunftsstellen und gemeinnütziger oder wirtschaftlicher Organisationen zu betrachten. Schoop betreibt nach einer Auskunft der „Harmonie" (Blatt 4 der Akten), ferner nach eingehenden Ermittelungen des Versorgungsgerichtes die Vertretung vor dem Versorgungsgerichte nicht nur geschäfts-, sondern auch gewerbsmäßig. Personen, die Schoop in Versorgungssachen vertreten hat und die über die Art der Entschädigungen für diese Vertretungen durch die Polizeiverwaltung in Görlitz vernommen wurden, haben übereinstimmend bekundet, daß Schoop für geleistete Vertretungen nicht nur Speisen und Getränke, sondern auch hohe Geldbeträge genommen und es in raffinierter Weise verstanden, ihnen das letzte Geld aus der Tasche zu ziehen. Die Spruchkammer ist daher der Auffassung, daß Schoop, der gewerbsmäßig das Verhandeln vor Behörden betreibt, in Zukunft nicht mehr würdig ist, als Vertreter oder Beistand von Kriegsbeschädigten vor dem Versorgungsgericht aufzutreten. Nach geheimer Beratung verkündete der Vorsitzende vorstehenden Beschluß:

In einem Termin vor dem Schwurgericht in Görlitz am 23. Januar 1928 führte Schoop zu seiner Verteidigung, als er sich wegen Meineides zu verantworten hatte, folgendes aus: „Meine Herrn! Ich bin Vertreter einer Kriegsbeschädigtenorganisation; die Kriegsverletzten gehen bloß in die Verbände, um hohe Renten zu erzielen. Wenn das nicht glückt, wird man mit Schmutz beworfen. So geht es mir auch." Weiter sagte Schoop, und dadurch bringt er seinen wahren Charakter zum Ausdruck: „Es gibt nämlich zweierlei Sorten von Kriegsbeschädigten, eine Sorte, die wirklich kriegsbeschädigt ist, und eine Sorte, die nur aus Simulanten besteht, die noch arbeiten können, aber nicht wollen! Zu dieser Sorte, meine Herrn, gehören sämtliche Zeugen, die seit 1924 nicht mehr arbeiten und nur vom Staate ernährt werden wollen, trotzdem sie noch arbeitsfähig sind." — Höher kann die Gemeinheit eines Menschen, der jahrelang nur von den Kriegsopfern gelebt hat, wahrlich nicht mehr gehen. Solange Schoop von den Rentenempfängern etwas herausziehen konnte, nahm er einen anderen Standpunkt ein. Wir kennen den Blutsauger Schoop zur Genüge und sind weiter nicht erstaunt über seine Gemeinheiten und Frechheiten. Wir wünschten ihm nur, daß alle Kriegsbeschädigten sich bei ihm abfinden würden. Zur besseren Unkenntlichmachung wurde wahrscheinlich auch die Ludendorffbrille angelegt. Wir müssen feststellen, daß alle Zeugen in diesem Meineidsprozeß gegen Schoop 70- bis 100prozentige Kriegsbeschädigte waren. Das Versorgungsamt Görlitz sowie das Amtsgericht Görlitz haben sich dem Beschluß des Versorgungsgerichts Liegnitz ebenfalls angeschlossen und Schoop abgelehnt. Schoop versucht nun unter seinen Anhängern den Glauben zu erwecken, daß er noch zur Wahrnehmung von Interessen der Beschädigten zugelassen wäre. Da dies nicht der Fall ist, warnen wir alle Rentenempfänger, sich in Versorgungs- und Fürsorgeangelegenheiten an Schoop zu wenden und ihm jedesmal beim Versuch der Ueberredung, ihm die Prozeßsachen zu übertragen, die richtige Antwort zu erteilen. Kriegsbeschädigte, sorgt für allseitige Bekanntmachung dieses Beschlusses unter euren Leidensgenossen.

Seine Unterstützung verloren hat der Armengeldempfänger Anton Garbe, Teichstraße 2. Es handelt sich um 35 Mark, die der Mann für seinen Lebensunterhalt dringend braucht.

Ein guter Werbeerfolg der JAH. in Niesky. Zu einem großen Erfolg wurde die Werbeversammlung der JAH. in Niesky. Im „Stern" wurden im Rahmen der Werbewoche zwei Filme gegeben. Der Saal war vollkommen überfüllt, und alle Anwesenden waren mit dem Gebotenen sehr zufrieden. In einer Ansprache wies Genosse Erbe-Breslau auf die Aufgaben der JAH. hin. Gerade in der jetzigen Zeit, wo das Proletariat durch Wirtschaftskämpfe versucht, seine Lebenslage zu verbessern, ist es Pflicht jedes klassenbewußten Arbeiters, das Werk der Internationalen Arbeiterhilfe zu unterstützen.

Merkwürdige Auskünfte der Deutschen Auskunftei. Wieder liegt ein Fall von skrupelloser Auskunft eines Vertreters der Deutschen Auskunftei, Breslau, vor. Der Vertreter ist ein pensionierter Gerichtsbeamter vom hiesigen Amtsgericht. Ein Friseur von hier wollte in Marklissa einen Friseurladen pachten. Der Besitzer machte formell mit ihm die Pachtung fest, ließ aber im geheimen Erkundigungen einziehen. Diese sandte er an den hiesigen Friseur in einer Abschrift. Sie lautete: „Herrn O. M., Marklissa. Betr. des Barbiers..... haben wir uns erkundigt, daß der Mann in den dreißiger Jahren ist und in einer Notwohnung (Baracke) wohnt, weil er keine Miete zahlt; so ist er überall rausgeflogen. Also, Geldverhältnisse schlecht, trinkt auch gerne, und Kinder sind auch einige da. Im Geschäft soll er gut sein..." — Dazu ist zu sagen: Beim großen Entlassungssturm 1923, November—Dezember, flogen alle mißliebigen Arbeiter der Firma Christoph und Unmack aufs Pflaster. Bei der Stabilisierung der Mark ging die Firma dazu über, die Mieten der Block- und sonstigen Häuser systematisch in die Höhe zu treiben. Ein großer Teil der Arbeiter war so schwarz angeschrieben, daß er sehr, sehr schwer Arbeit fand. Sie konnten bei der damaligen „Unterstützung" von 4—6 Mark, und noch mit Kindern, absolut keine Miete zahlen oder nur geringfügige Summen. Als viele Proleten eineinhalb bis zwei Jahre ohne feste Arbeit in diesen Fabrikhäusern wohnten und nicht in der Lage waren, voll zu zahlen, ging die Firma dazu über, sie einfach in Baracken zu stecken. Trieb man doch die Miete bei allen in einem einzigen Monat, Juli 1925, von 19,50 auf 30,50 Mark. Da schritt kein Staat ein. Noch nie ist der betreffende Mann irgendwo rausgeflogen, bis es ihm in der Werkwohnung mit 16 Familien so erging. Was nun das „gerne trinken" anbelangt, so möchten wir nur feststellen, daß der Vertreter selbst auch kein Abstinent ist. (Sollen wir etwa mal auspacken?) So ein Herr wagt es nun, „Auskunft" zu erteilen. Selbstverständlich ist der Pächter durch diese Machenschaften um seine geplante Existenz gekommen.

Liegnitz

Ortsrundschau. Nette Zustände sind hier entdeckt worden. Für Mittwoch, den 1. Februar, hatte der Besitzer des „Herzog Ludwig", Friedrich Heiber, in der Breslauer Straße 188, zum Schlachtfest eingeladen. Man höre und staune: Das Wellfleisch und die frische Wurst wird in dem Waschkessel des großen Mietshauses, in dem sonst die 11 Mietsparteien ihre Wäsche kochen, zubereitet. Erwähnt muß hierbei werden, daß sich unter den Mietsparteien zwei Familien mit tuberkulosen Kranken befinden. Da Herr Heiber dieses Verfahren offenbar schon lange betreibt, ist die Frage am Platze, ob die Liegnitzer Polizei vielleicht erblindet ist. Oder ist die Benutzung eines gewöhnlichen, zum öffentlichen Gebrauch benutzten Waschkessels zur Zubereitung des Wellfleisches den Gastwirten gestattet und nur den Fleischern verboten? Was sagt die Gesundheitspolizei dazu?

Wenn man einem Köter auf den Schwanz tritt, heult er auf. Doch nicht nur Köter machen das, sondern auch die Redakteure der „Volkszeitung" jammern, wenn sie von uns angegriffen werden. Von einem Artikel in der „A.-Z.", der sich mit der Rußlandhetze befaßte, wird der letzte Satz aufgegriffen und ein Artikelchen fabriziert. Gelacht haben wir bei dem Satz der Tante von der Lübener Straße. Man höre und staune: „Unsere Abonnentenzahl steigt von Woche zu Woche, jahraus, jahrein." Dieser Satz ist zu lächerlich, um wahr zu sein. Wir fragen an: Wieviel Abbestellungen (vor allem der Gemeinde- und Staatsarbeiter) sind im Monat Januar erfolgt? U. A. w. g.

Zwei tödliche Unglücksfälle. Als der 27jährige Karl Fränkel in Oyas einen etwa 25 Meter hohen Winkelmast der Hochspannungsleitung verankern wollte, warf der heftige Sturm das Drahtseil, das der Mann hochzog, gegen die 10 000-Volt-Leitung der Ueberlandzentrale. Fränkel wurde auf der Stelle getötet. An anderer Stelle wurde ebenfalls ein Mast umgeworfen. Ein Monteur ist schwerer, ein anderer leichter verletzt worden. — In Royn schlug ein Pferd einen 20jährigen Mann gegen den Unterleib. Trotz sofortiger Operation ist er verstorben.

Haynau

Rote Hilfe schickt Delegation zum 4. Reichstreffen nach Berlin! Am 7. Februar tagte im Volkshause die sehr gut besuchte Generalversammlung der Roten Hilfe. Aus dem Tätigkeitsbericht war zu ersehen, daß die Genossen sich ihrer Aufgaben vollauf bewußt waren und eine gut geleistete Arbeit hinter sich haben. In die Ortsleitung wurden folgende Genossen gewählt: 1. Vorsitzender: P. Bentrup (KPD.); 2. Vorsitzender: Wasener (parteilos); 3. Schriftführer: Linner (SAJ.); 3. Hauptkassierer: Glauer (parteilos); Revisoren: Müller (SAJ.) und Brandt (parteilos); Beisitzer: Genossinnen Seidel und Ida Bachmann (beide parteilos); Unterkassierer: Kunik (SAJ.) und Knieriem (parteilos). Unter „Verschiedenes" kam die Max-Hoelz-Kundgebung zur Sprache. Es wurde beschlossen, eine intensive Vorarbeit zu leisten. Ferner wurde beschlossen, alle 14 Tage einen Kursusabend abzuhalten und als ersten Kursus „10 Jahre Sowjetrußland" durchzunehmen. Das 4. Reichstreffen des Roten Frontkämpferbundes zu Pfingsten kam zur Sprache, und die Versammlung billigte die Beschickung durch eine Delegation.